

# INFO DIE LINKE.

Kiel, 5. Dezember 2008

SCHLESWIG-HOLSTEIN

INFOBRIEF DER PARTEI DIE LINKE.SCHLESWIG-HOLSTEIN

## Dütt un Datt



## Helgoland ist Kreisverband

DIE LINKE auf Helgoland bildet ab sofort einen eigenen Kreisverband. „Damit haben wir künftig sehr viel mehr Möglichkeiten, die speziellen Helgoländer Themen in die Landes- und Bundespartei zu tragen,“ so Gerwin Bastrup, Sprecher des bisherigen Ortsverbandes.

Nachdem auf der Gründungsversammlung zum Kreisverband die Kreissatzung verabschiedet wurde, fanden die Wahlen zum neuen Kreisvorstand statt.

## Oberbürgermeister...

Die Kieler Linken haben mit Raju Sharma einen eigenen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahlen der Landeshauptstadt am 15. März kommenden Jahres vorgestellt. Der 44-jährige, gebürtige Hamburger steht seit 1990 in Diensten des Landes Schleswig-Holstein, seit 2005 Referatsleiter in der Kulturabteilung der Staatskanzlei. „Ein Grund für meine Kandidatur ist, den Kielerinnen und Kielern am 15. März überhaupt eine echte Wahl zu ermöglichen“, sagt Sharma...

- <http://die-linke.de/presse>

## Gründung des Ortsverbandes Glinde - Oststeinbek - Reinbek

Am 30.10.08 trafen sich Mitglieder und Interessierte in Glinde um den ersten Stormarner Ortsverband zu gründen. Es waren rund 30 Personen anwesend, darunter erfreulich viele Jugendliche und der für Schleswig-Holstein zuständige MdB Lutz Heilmann.

Heidi Beutin, Kreisvorstandssprecherin, und Hendrik Holtz, Kreisvorstandssprecher, eröffneten und leiteten die Versammlung. Zuerst ging Ralf Iden in seinem Referat über die politischen Verhältnisse in Bund und Land bis zu den Problemen im Kreis ein. Im Anschluss hat Simon Hanl eine sehr gut gelungene Präsentation zur Situation der Jugendlichen in und um Glinde vorgeführt. Darin ging

es um den nun mittlerweile seit über zwei Jahre dauernden Kampf der Jugendlichen um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Außerdem wurde einstimmig beschlossen, dass die Gründungsversammlung den Schulstreik unterstützt, der sich z. B. gegen das 3-gliedrige Schulsystem, den Stress der Schüler durch das G8 wendet und maximal 20 Schüler in einer Klasse, Förderung in der Schule statt selbstfinanzierter Nachhilfe und Anderes fordert.

Danach wählte der neue Ortsverband in Einzelwahl Martina Bornstein zur Schatzmeisterin und Dirk Becker, Jürgen Borchers, Jürgen Buntkowski, Simon Hanl und Patrick Zadel als Kollektiv in den Vorstand und es wurde einstimmig eine Satzung des neuen Ortsverbandes beschlossen.

- Martina Bornstein, Auszüge

## Liebe Genossinnen und Genossen

Es war ein hartes Stück Arbeit, diese dritte schriftliche Ausgabe „Info DIE LINKE“ mit Zustimmung des Landesrates für die Mitglieder unseres Landesverbandes herausgeben zu können.

Es war auch ein schwieriges Problem, uns für diese letzte Ausgabe in 2008 auf ein Thema zu einigen. Unser ursprünglicher Plan, möglichst viel aus den Kreisen und Landarbeitsgemeinschaften zu berichten und aktuelle Zuschriften zu berücksichtigen, scheiterte ganz einfach an der gegenwärtigen Lage in unserem Landesverband.

Bei der LINKEN in Schleswig-Holstein gibt es zur Zeit heftige persönliche und juristische Auseinandersetzungen. Allen denjenigen, die - ohne Internetzugang - davon nur durch mündliche Berichte und „von außen kommende“ Zeitungsmeldungen erfahren können, müssen wir unbedingt auf den nächsten 16 Seiten eine Art dokumentarischen Zugang verschaffen. So objektiv wie möglich.

Das haben wir versucht - in der Hoffnung, dass wir uns im kommenden Jahr wieder mit wichtigeren politischen Dingen befassen können.

*Edda Lechner, für die Redaktion*

## In dieser Ausgabe:

### SEITE 2 - 5

Stellungnahmen zum Landesparteitag vom 27. - 28. September 2008

### SEITE 6 - 9

Politische Ereignisse und Berichte:  
Finanzkrise, Daniel Dockerill  
Sozialversicherung vor der Pleite, Jörn Seib

### SEITE 10 - 14

Satire oder Skandal?  
Meinungen zu „Stalins Geburtstagsfeier“

### SEITE 14

Wikipedia gesperrt: Zwei Erklärungen

### SEITE 15 - 16

70 Jahre Pogromnacht, Helmut Lechner

# Stellungnahmen zum Landesparteitag vom 27./28. September 2008

## Wen wollen wir wählen..?

Daß so viele Genossinnen und Genossen bereit sind, für eine Funktion im Landesvorstand zu kandidieren, ist einerseits erfreulich, belegt es doch in einem zunächst sehr allgemeinen Sinn das große Interesse an der aktiven Umsetzung unserer Politik im Landesverband. Andererseits stehen wir als Delegierte vor der schwierigen Aufgabe, jene zu wählen, die wirklich in der Lage sind, dieses anspruchsvolle Vorhaben erfolgreich zu verwirklichen.

Leider viel zu oft vollziehen sich KandidatInnenvorstellungen und darauf folgende Wahlen auf Parteitag verschieden Ebenen unserer Partei in etwa nach folgendem Schema: die verschiedenen organisatorischen Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Strömungen einigen sich im Vorfeld auf tatsächlich oder scheinbar aussichtsreiche KandidatInnen; diese stellen sich jeweils als RepräsentantInnen bestimmter Politikfelder vor, die im Vorstand "vertreten" sein müßten. Da hören oder lesen wir dann glühende Bekenntnisse gegen Hartz IV oder die Rente mit 67 oder für ein kostenloses Mittagessen im Kindergarten - alles Selbstverständlichkeiten, die längst Teil unserer Programmatik und konkreten Politik sind oder sein müßten.

Als gelte es dieses langweilige Szenario ein wenig aufzuhellen, bekommen wir zuweilen Ideen geboten, die originell klingen, aber innerlich aufstöhnen lassen: Fahrgemeinschaften bei der Anreise zu Parteiversammlungen, und zwar verpflichtend! Oder, wie aktuell nachzulesen: alle bisherigen Vorstandsmitglieder dürfen nicht mehr antreten, denn jetzt komme ich! Und ich weiß, wie es geht!

Der Phantasie bei der Entwicklung guter Vorhaben sind kaum Grenzen gesetzt. Die Delegierten stehen nun vor der spannenden Frage, was sie von all dem für vernünftig halten und ob sie glauben wollen, daß der Kandidat oder die Kandidatin in der Lage sei, den jeweiligen "Schwerpunkt" des Engagements nicht nur einfach zu behaupten, sondern im Landesvorstand auch zur praktischen Umsetzung in der Lage wäre. Der Landesvorstand erscheint in dieser Konsequenz dann als Diskussions- und Beschlußgremium, in dem um die richtige politische

Linie "gerungen" wird - und Gäste sind natürlich jederzeit willkommen!

Mit der wirklichen Aufgabe eines Landesvorstandes hat all dies eigentlich wenig zu tun. Souverän für die Entwicklung unserer politischen Ziele sind der Landesparteitag und in der Zwischenzeit der Landesrat, der laut Satzung insbesondere über "grundsätzliche politische und organisatorische Fragen" zu beraten und zu beschließen hat. Der Landesvorstand hat diese Beschlüsse als Exekutivorgan in politische Praxis auf Landesebene umzusetzen - unabhängig von seiner jeweiligen Zusammensetzung. Die Frage, wer und mit welcher speziellen politischen Gesinnung der- oder diejenige ein Landesvorstandsamt ausübt, ist also von zweitrangiger Bedeutung. Kriterien für die Beurteilung zur Befähigung für ein Amt im Landesvorstand müßten folgende sein:

- Kontinuierliche und erfolgreiche Tätigkeit in Vorständen und Gliederungen unserer Partei oder anderer Organisationen der gesamten Linken

- Organisationstalent, Fähigkeit zu kollektivem Arbeiten, Toleranz und die Fähigkeit, sich in das Denken anderer hineinzusetzen, Verlässlichkeit und Pünktlichkeit, Offenheit (auf IntrigantInnen jeglicher Couleur wollen wir verzichten!), ein gesundes Maß an Bescheidenheit wie Selbstsicherheit

- Kenntnis von Bundes- und Landessatzung, Schieds- und Wahlordnungen sowie der grundlegenden programmatischen Positionen auf Bundes- und Landesebene

- Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. als AutorIn von Texten, Presseerklärungen, Zeitungsartikeln

- Genügend Zeit für die Arbeit im Landesvorstand, Vermeidung von Ämterhäufung

- Erfahrungen in Wahlkämpfen, insbesondere im jüngsten Kommunalwahlkampf

- Aktive politisch-inhaltliche Arbeit z.B. in Arbeitsgemeinschaften unserer Partei, als Mandatsträger in einem Kommunalparlament, als Delegierter zu Landes- oder Bundesparteitagen, etc.

- Rainer Beuthel, Eckernförde, 14.9.2008

## Zwiespältig zu bewerten..

Zum einen haben wir einen Leitantrag beschlossen, der eine klare antikapitalistische Positionierung des Landesverbandes bedeutet. Björn Radke ist nicht mit dem Versuch durchgekommen, das landespolitische Profil rein auf die Ökonomie zu fixieren durch die Einfügung seiner Präambel. In weiser Voraussicht angesichts des Verlaufs der Debatte hat er seinen Antrag zurückgezogen. Damit ist DIE LINKE in Schleswig-Holstein weiterhin links aufgestellt.

Zum anderen war der Parteitag chaotisch - das könnt Ihr, so Ihr nicht dabei ward - aus den Presseberichten entnehmen. Fatal war die Debatte um die Neuwahl der Delegierten in Kiel und Lübeck, die schon im Vorfeld über die Presse geführt worden war und nun zu einer ungut aufgeheizten Stimmung führte...

Die Vorstandswahlen sind dann nicht so verlaufen, wie ich und viele von Euch sich das gewünscht haben. Mit 45 zu 47 Stimmen bin ich als Landessprecher Björn Radke knapp unterlegen. Trotzdem ist eine bewegungsorientierte, antikapitalistische Position weiterhin im Landesvorstand vertreten. Die Vertreterinnen und Vertreter dieser Richtung, für die die akl weiterhin steht, werden - so meine Überzeugung - auch im neuen Landesvorstand und im Landesverband für eine klare, glaubwürdige LINKE auch in Schleswig-Holstein eintreten...

...ich glaube an das Projekt der LINKEN und daran, daß es bewegungsorientiert und antikapitalistisch und nicht parlamentsfixiert und parteiborniert sein muß, soll es langfristig Erfolg haben - das beweist nicht zuletzt die gegenwärtige Krise des Kapitalismus...

Wenn wir das ernst nehmen, was wir in unserem Diskussionspapier geschrieben haben, sollten wir weiterhin gemeinsam und solidarisch für eine starke LINKE kämpfen. Wir haben nicht verloren, dafür war das Ergebnis zu knapp und der verabschiedete Leitantrag zu klar. Und dafür ist das Ziel einer gerechten Gesellschaft viel zu wichtig! Ihr wißt doch: "Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!"

- Gösta Beutin an die LAG  
"Antikapitalistische Linke", 30.9.08



### Mitglieder im Landesvorstand:

Cornelia Möhring (Landessprecherin)  
Björn Radke (Landessprecher)

Werner Machemehl (Schatzmeister)

Angelika Hannappel (nicht im Bild)  
Asja Huberty

Lorenz Gösta Beutin  
Meike Lüdemann

Björn Thoro, Hüsseyin Kent  
Meriyem Tiraz-Deniz

Margitta Bütterich

## Mitgliederrundbrief der neuen Landessprecher der LINKEN in Schleswig-Holstein:

### Liebe Genossinnen und Genossen,

Auf unserem Landesparteitag am 27. und 28. September wurde ein neuer Landesvorstand gewählt und der Leitantrag als Grundlage unserer weiteren programmatischen Diskussion verabschiedet. Bis zum späten Sonntag Abend haben die Delegierten sich intensiv beraten und einen Großteil der vorliegenden Anträge bearbeitet. Eine Fortsetzung des Parteitages wird es voraussichtlich im November geben, um die noch ausstehenden Anträge zu beraten und zu beschließen und um unsere Landesschiedskommission zu wählen. Sowie die Protokolle erstellt sind, werden diese auf der Homepage zugänglich gemacht.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, einer sich verändernden Mitgliederstruktur, den gewachsenen Anforderungen durch die bei der Kommunalwahl im Mai erreichten Mandate in Kreisen und Kommunen war eine strukturelle Neuaufstellung des Landesverbandes notwendig geworden.

Über 90 Delegierte besuchten an den beiden Tagen den Parteitag, der stark von den jüngsten innerparteilichen Auseinandersetzungen geprägt war. Das Medien-Echo der ersten Tage danach spiegelt dieses auch wieder. Die Kontroverse über die in den Kreisen Kiel und Lübeck noch vor dem Landesparteitag durchgeführten Delegiertenwahlen und deren Rechtmäßigkeit wurde am Samstag ausgetragen. Ein Teil der Delegierten wollte erreichen, dass die in Kiel und Lübeck neu gewählten Delegierten nicht anerkannt werden und der Parteitag mit den vor den letzten Delegiertenwahlen im Amt befindlichen Delegierten durchgeführt wird. Ihre Begründung: die jüngsten Delegiertenwahlen in den Kreisen Lübeck und Kiel seien nicht satzungskonform abgelaufen. Demzufolge habe die Abwahl von Delegierten keine Rechtsgrundlage und ihnen habe das Delegiertenmandat weiterhin zugestanden.

Um diesen Standpunkt zu untermauern hatten zwei Antragsteller beim Bundesschiedsgericht eine Eilentscheidung beantragt. Das Bundesschiedsgericht wies den Eilantrag ab, da Gründe für eine offensichtliche Unwirksamkeit der neuen Delegiertenwahlen nicht vorgetragen worden seien und unsere Schiedsordnung festschreibt, dass die Anfechtung einer Wahl im normalen Schiedsverfahren keine aufschiebende Wirkung hat. Es verwies Die Antragsteller auf das Hauptsacheverfahren.

Sollte letztlich im Schiedsverfahren eine Entscheidung zugunsten der Antragsteller gefällt werden, müssten die Delegier-

tenwahlen in den betreffenden Kreisen Lübeck und Kiel wiederholt werden. Das könnte dann auch zur Folge haben, dass die Wahl des Landesvorstandes auf einem neu einzuberufenden Parteitag wiederholt werden müsste.

Der Parteitag hat sich in einer Abstimmung mit 45 gegen 26 Stimmen dafür ausgesprochen, den Parteitag fortzusetzen und eine Entscheidung des Bundesschiedsgerichtes abzuwarten. Diesem eindeutigen Votum des Parteitages folgte leider nicht eine Beruhigung und Versachlichung, sondern eine weitere Eskalation. Nach der Wahl der beiden Landessprecher und des Schatzmeisters verließen ca. 25 Personen, darunter 12 -15 Delegierte, den Parteitag. In der Online-Ausgabe des LINKSBLICK des „Neumünster Kreises“ erläutern Jörn Seib und Nidda Schweda ihre Position. Der Landesvorstand bedauert diese Eskalation, und wird die Entscheidung des Bundesschiedsgerichtes abwarten.

Diese Debatte hat trotz des medialen Eindrucks nicht den ganzen Parteitag bestimmt. Den Samstagabend und den Sonntagvormittag debattierten die Delegierten entlang des Leitantrages sehr kontrovers über die deutlich vorgetragenen unterschiedlichen Konzepte zur Entwicklung eines landespolitischen Profils für Schleswig-Holstein. Einigkeit besteht in der Notwendigkeit eines solchen, unterschiedliche Schwerpunktsetzungen schlugen sich dann insbesondere bei der Wahl der Landessprecher nieder: Mit 65 zu 25 Stimmen wurde Cornelia Möhring vor Angela Wythe gewählt. Mit zwei Stimmen Unterschied (47-45) wurde Björn Radke zum Landessprecher gewählt. Gösta Beutin wurde mit großer Zustimmung in den kollektiven Vorstand gewählt.

Der Parteitag hat mit der Wahl und der Zusammensetzung des elfköpfigen Vorstandes seine Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass es nun an der Zeit ist, die Landespartei so aufzustellen, dass alle ihre Ressourcen genutzt und unterschiedliche Sichtweisen in eine konstruktive Debattenkultur eingebracht werden mit dem Ziel der Schaffung eines klaren landespolitischen Profils. Unsere Wählerschaft erwartet auf Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung, die es so in den vergangenen Jahrzehnten nicht gab, neue Antworten. Wir alle werden unser Bestes tun! Ab heute wird der Landesvorstand regelmäßig über diesen Weg des Mitgliederinfos über alle Diskussionen und Entscheidungen informieren.

- Für den Vorstand: Cornelia Möhring, Björn Radke,  
Landessprecherin und Landessprecher

# „Neuanfang“?

## Ergebnisse des Landesparteitags der Linken.SH

von Daniel Dockerill

Die Neuwahl der Landessprecherin und des Landessprechers der Partei ist zweifellos das markanteste Ergebnis des Landesparteitags der LINKEN in Schleswig-Holstein am letzten Septemberwochenende. Die Wahl von Cornelia Möhring aus dem Kreisverband Plön zur neuen Landessprecherin bot dabei wenig Spektakuläres...

Die Wahl des Landessprechers war dagegen heftig umkämpft. Am Ende gaben zwei Stimmen den Ausschlag – bei einer ungültigen Stimme und keiner einzigen Enthaltung... Mit der Wahl des neuen Landessprechers der Linken in Schleswig-Holstein schließt sich ein Kreis. Björn Radke, Gründungsmitglied der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), gehörte von Beginn an als einziger Schleswig-Holsteiner deren Bundesvorstand an und war entscheidender Impuls-, Ideen- und Ratgeber bei Gründung und Aufbau der WASG im nördlichsten Bundesland gewesen...

So weit oder vielmehr so knapp: so folgerrichtig – sehen wir einmal davon ab, dass Björn Radke in den vergangenen zwei Jahren in der Linken Schleswig-Holsteins weder bei der Fusionierung der beiden Stammparteien noch beim Aufbau des neuen gemeinsamen Landesverbandes eine Rolle gespielt hat. Etwas eigenartig muten vor diesem Hintergrund aber vor allem die näheren Umstände seiner Kür an...

Björn Radke hatte seine Kandidatur gegen den bisherigen Landessprecher Gösta Beutin bereits im Vorfeld des Parteitages mit der Ansage verknüpft, die LINKE.SH werde damit vor eine Richtungsentscheidung gestellt. Er stehe für eine bestimmte politisch-programmatische Ausrichtung des Landesverbandes, die sich von derjenigen, die Gösta Beutin vertrete, klar unterscheidet. Dies unterstreichend hatte er zum Leitantrag des Landesvorstands über „Landespolitische Schwerpunkte der LINKEN.Schleswig-Holstein“, der unverkennbar die Handschrift des bisherigen Landessprechers trug, einen Änderungsantrag eingereicht, der verlangte, dem Ganzen von ihm formulierte „Eckpunkte für ein landespolitisches Profil“ voranzustellen. Über den Inhalt jener „Schwerpunkte“ wird noch zu reden sein ebenso wie über den der „Eckpunkte“ Björn Radkes. Und auch darüber, warum dieser dem Leitantrag keinen alternativen Entwurf entgegengestellt hat, sondern – bei aller Kampfansage – seine „Eckpunkte“ offenbar für völlig kompatibel hält mit den vom Landesvorstand formulierten „Schwerpunkten“. Zunächst bemerkenswert sind aber vor allem die sehr unterschiedlichen Schicksale, die den beiden Texten auf dem Parteitag jeweils widerfahren.

Der Leitantrag des Landesvorstands wurde Grundlage der sehr konstruktiv geführten politischen Generaldebatte. Ein Antrag, ihn gar nicht zu behandeln, wurde mit klarer Mehrheit abgelehnt, und nach einer Reihe von Änderungen, zum größten Teil von Gösta Beutin selbst mit eingebracht, wurde er schließlich mit ebenso klarer Mehrheit vom Parteitag verabschiedet.

Björn Radke hingegen zog, just als sein Änderungsantrag mit den „Eckpunkten“ zur Verhandlung kommen sollte, diesen zurück und widmete ihn um zum Material für eine demnächst zu bildende Kommission, die den Entwurf eines landespolitischen Programms erarbeiten soll.

Was ihn dazu bewegen haben mag, ist nicht schwer zu erraten: Ob der Parteitag seinen Antrag angenommen hätte, war einigermaßen fraglich gewesen. Als nach dessen Rückzug dennoch eine Debatte zu den darin formulierten Positionen kurz-



zeitig aufflammte, zeigte sich deutlich genug, wie umstritten und klärungsbedürftig sie größtenteils sind. Und in den Gliederungen des Landesverbandes hat diese Debatte noch nicht einmal begonnen. Insofern hat der Antragsteller mit der Umwidmung seines Antrags zum Material einer noch zu führenden Debatte nur die wahrscheinlichste Entscheidung des Parteitags vorweggenommen und so vermieden, mit einer Abstimmungsniederlage in die Kandidatur zum Landessprecher zu gehen. Die von Björn Radke angekündigte Richtungsentscheidung wurde also einerseits von ihm selbst vertagt. Oder vielmehr eine bis zur Entscheidung geführte Debatte darum. Denn andererseits zog er seine Kandidatur, die er mit jener Entscheidung verknüpft hatte, nicht etwa zurück, sondern erhielt sie aufrecht...

Die Positionen der Landessprecherin und des Landessprechers haben nach der Satzung ausdrücklich nichts mit einem Parteivorsitz zu tun. Der Idee nach erfüllen sie, ganz ähnlich wie die Position des Schatzmeisters, eine bloße Arbeitsfunktion des kollegial arbeitenden Landesvorstands, nämlich die der sogenannten Öffentlichkeitsarbeit. Politische Entscheidungen trifft allein der aus elf gleichberechtigten Mitgliedern zusammengesetzte Landesvorstand in seiner Gesamtheit. Landessprecherin und -sprecher geben sie nur bekannt. Insofern maß bereits die Ausrufung der Kandidatur für den Landessprecher zu einer Richtungsentscheidung dem Amt eine Bedeutung bei, die ihm an sich gar nicht zukommt. Allerdings hebt die gesonderte Wahl dieser Positionen sie dann doch in gewisser Weise von den übrigen Landesvorstandsposten ab und erklärt, warum es zu dieser in ihrem Verlauf einigermaßen skurrilen Kampfkandidatur überhaupt kommen konnte.

Eigentlich ist also politisch fast nichts passiert auf diesem Parteitag. Der alte Landessprecher sitzt auch im neuen Landesvorstand. Und die politische Richtlinie, die der Parteitag dem neuen Landesvorstand mitgegeben hat, wurde im Wesentlichen vom alten Landesvorstand formuliert. Erheblich geändert hat sich allerdings die personelle Zusammensetzung des Landesvorstands. Sechs Mitglieder des zehnköpfigen alten Landesvorstands wurden durch sieben neue ersetzt. Zu Björn Radkes „Eckpunkten für ein landespolitisches Profil“ hat aber bislang keines der sechs anderen neuen Mitglieder des Landesvorstands sich geäußert.

Dass es sich bei der Neuwahl um „eine strukturelle Neuaufstellung des Landesverbandes“ handelt, wie Cornelia Möhring und Björn Radke in einem Mitgliederrundbrief vom 30. September „für den Vorstand“ schreiben, der sich am 6. Oktober konstituieren wird, bleibt bis auf weiteres ein Versprechen für die Zukunft. Die Mehrheit der neuen Landesvorstandsmitglieder besteht aus in der Partei noch weitgehend unbekanntem Gesichtern, denen man getrost unterstellen kann, dass sie kaum eine Vorstellung davon haben dürften, was auf sie zukommt. Und die zwei, die man kennt, haben in der Vergangenheit – bei allen sonstigen Talenten – nicht gerade bewiesen, dass sie die Nerven und das moderierende Temperament besitzen, eine zerstrittene Partei in produktive Arbeit zu bringen. Für Optimismus gibt es daher leider kaum Anhaltspunkte...

# Die Bundesschiedskommission hat entschieden - und nun?

Drei Parteiordnungsverfahren aus Schleswig-Holstein waren aufgrund des Fehlens einer Landesschiedskommission bei der Bundesschiedskommission (BSK) anhängig. Nun hat die BSK beschlossen. Sind wir nun weiter? Sind die Konflikte im Landesverband geklärt?

## Kurz zurückgeblendet: - worum ging's ?

Zu 1.: In Kiel waren die Landespartei-tagsdelegierten kurz vor dem Landespartei-tag neu gewählt worden, obwohl es Delegiertenwahlen im März auf 2 Jahre gegeben hatte und die satzungsmäßige 4-Wochen-Frist für Delegiertenwahlen vor einem Parteitag deutlich unterschritten worden war. Außerdem hatte es mehrere Unregelmäßigkeiten bei der Wahldurchführung gegeben.

Zu 2.: In Lübeck hatte es ebenfalls knapp vor dem Landespartei-tag Delegiertenneuwahlen gegeben, weil ein Großteil der gewählten Delegierten zurückgetreten war mit der einzigen, immer gleichlautenden Begründung, dass die Delegierte (und Landesvorstandsmitglied) Asja Huberty als Lübecker Delegierte abgewählt werden soll.

Zu 3: Wenn also in 2 mitgliederstarken Kreisverbänden Delegierte amtieren, die unrechtmäßig gewählt wurden, kann auch der Landespartei-tag nicht korrekt zusammengesetzt sein und wurde angefochten.

Die BSK hatte nun zu den Mündlichen Verhandlungen am 1. Nov. 2008 nach Berlin geladen - und viele Schleswig-Holsteiner waren gekommen um sich das anzusehen. Und die BSK entschied - nach langwierigen Verhandlungen und mehrstündiger Verspätung.

## Das sind die Ergebnisse:

Die Lübecker Anfechtung wurde aus formalen Gründen überhaupt nicht behandelt, es fehlte ein/e Anfechtungsrechte/r.

Für Kiel entschied die BSK, dass die Wahlen zu Recht angefochten wurden und unwirksam seien. Dabei war aber nicht das Hauptargument der Kieler Antragssteller ausschlaggebend, nämlich die Nichteinhaltung der 4-Wochen-Frist, sondern die eher geringfügigeren Unregelmäßigkeiten bei der Wahldurchführung (Es fehlten Einverständniserklärungen von Kandidaten/innen, einige Mitglieder waren nicht eingeladen, die

Kandidaten/innen standen nicht in alphabetischer Reihenfolge auf dem Wahlzettel usw.). Das bedeutet: In Kiel muss neu gewählt werden oder die Delegierten vom März sind wieder im Amt.

Für die Anfechtung des Landespartei-tag hatte die Entscheidung zu Kiel natürlich entscheidende Bedeutung. Doch die BSK tat sich schwer mit einem klaren Beschluss und gab selbst zu: „Wir wissen nicht weiter“. Schließlich schlug sie einen Kompromiss, juristisch eine Art „Vergleich“, vor: Die Wahl der Landessprecherin sei so eindeutig gewesen, selbst wenn die Kieler und Lübecker nicht mitgestimmt hätten, wäre das Ergebnis nicht anders. Ebenso wäre das doch beim Schatzmeister und beim jugendpolitischen Vertreter. Nur bei den weiteren Vorstandsmitgliedern, den Beisitzern/innen, wäre das Ergebnis zweifelhaft, diese Wahl und die des Landessprechers (es ging um ganze 4 Stimmen) sollten wiederholt werden. Dieser Vorschlag wurde nach internen Beratungen der Antragssteller und Antragsgegner akzeptiert und die BSK fasste einen entsprechenden Beschluss.

## Was bedeutet das BSK satzungsrechtlich und politisch?

1. Für Lübeck ist nichts entschieden, das heißt, ob das in Lübeck alles korrekt gelaufen ist oder nicht, wurde gar nicht geprüft. Die Rechtmäßigkeit dieser Delegiertenwahlen bleibt also ungeklärt.

2. Für Kiel heißt es: Wahlen sollten gut vorbereitet und korrekt durchgeführt werden; wenn man schon selbst unsicher ist, ob alles ordnungsgemäß ist, dann sollte man sich für die sauberste Lösung entscheiden und nicht aus zweifelhaften Gründen anfechtbare Wahlen durchziehen.

3. Der Landespartei-tag ist aufgrund der Kieler Unregelmäßigkeiten zu einem großen Teil zu Recht angefochten worden, der Großteil der Wahlen muss wiederholt werden.

4. Die in der Satzung festgeschriebene Wahlzeit von Delegierten auf 2 Jahre ist als Obergrenze zu sehen, es können auch vorzeitig (Delegierten-) Wahlen durchgeführt werden, allerdings nur, wenn ein entsprechender Beschluss dazu vorliegt oder wenn die Wahlzeit von vornherein durch die Kreissatzung auf kürzere Zeiträume begrenzt ist.

5. Zur 4-Wochen-Frist führt die BSK in der Beschlussbegründung aus, habe sie hier nicht abschließend entschieden. Sie sagt aber einerseits, die 4-Wochen-Frist kann unterschritten werden, aber nur unter bestimmten Bedingungen. „Die Bun-

desschiedskommission bleibt bei ihrer... Auffassung, dass die Vier-Wochen-Frist „nur“ eine Ordnungsvorschrift ist, deren Einhaltung die ordnungsgemäße Durchführung von Bundes- und Landesparteitagen absichern soll.“ Sie „soll den Gliederungen nicht das Recht nehmen, in Umsetzung ihres Beschlusses neue Delegierte zu wählen.“

Aber ebenso 0-Ton BSK im selben Beschluss zu Kiel: „Grundsätzlich dürfte die Unterschreitung der Vier-Wochen-Frist aber nur dann zulässig sein, wenn die zur Neuwahl berechtigten Aspekte erst so spät ersichtlich werden, dass eine Einhaltung der Frist unter Berücksichtigung der Vorbereitungszeiten für eine Kreismitgliederversammlung nicht mehr möglich ist.“ Damit ist klar, dass die 4-Wochen-Frist grundsätzlich eingehalten werden muss, es sei denn, es liegen wirklich überzeugende Gründe vor, die eine Unterschreitung rechtfertigen.

## Satzung hin, Satzung her...

Wenn man in Kreisverbänden so kurz vor einem Landespartei-tag mit so zweifelhaften Begründungen und Methoden Delegiertenneuwahlen durchführt, so riecht das nach politischer Willkür, nach Mobbing und vordergründigen persönlichen Streitigkeiten. Und wenn ein Landespartei-tag schon unter so fragwürdigen Umständen beginnt, muss man sich auf Verfahren einigen, die von der ganz überwiegenden Mehrheit mitgetragen werden. Beschlüsse mit der Brechstange führen nicht zusammen, sondern spalten.

Klar ist: Mit einer solchen „Performance“, wie in diesen Streitfällen gezeigt, wird die Partei in Schleswig-Holstein weder innerlich zur Ruhe und zu inhaltlichem Arbeiten kommen, noch wird sie von mehr als 5% der Wähler/innen als ernsthafte Alternative zu den Altparteien anerkannt werden.

Notwendig ist ein gemeinsames Grundverständnis in der LINKEN Schleswig-Holsteins über den Vorrang demokratischer Regelhaftigkeit und politisch-inhaltlicher Streitkultur. Demokratischer Sozialismus ist Weg und Ziel; wer Demokratie in den eigenen Reihen nicht lebt, wird am Ziel nicht ankommen! Wer den Menschen in Schleswig-Holstein nur Streit und kein politisches Programm anbietet, hat seine historische Aufgabe verpasst.

- Heiko Winckel-Rienhoff, 23.11.2008

# Berichte zu aktuellen politischen Ereignissen

## Zur Finanzkrise

von Daniel Dockerill



### Chronologie

- Seit Mitte der 90er Immobilienboom in den USA und einigen westeuropäischen Ländern, finanziert durch weltweiten Weiterverkauf von Kreditverträgen. Anhaltende Belebung der Bauindustrie und der Konsumentennachfrage in den USA beflügelt die Weltkonjunktur.
- 2005 - 2006 Eine sich abschwächende Konjunktur in den USA einhergehend mit anhaltenden Zinserhöhungen führt zu massenhaften Hausverkäufen, die die Immobilienpreise in den Keller treiben.
- 2007, Frühjahr Höhepunkt der Subprimekrise: Einbrechende Immobilienpreise führen zu sich häufenden Zahlungsausfällen bei sogenannten Subprimes, d.h. Hypothekenkrediten mit äußerst geringen Sicherheiten.
- 2007, Sommer In der Folge der Subprimekrise kommen auch mehrere deutsche Landesbanken und die IKB Deutsche Industriebank wegen ihres Engagements im kriselnden Subprime-Markt in die Klemme. (Die IKB wird ein Jahr später vom amerikanischen Finanzinvestor Lone Star übernommen.)
- 2008, März - Mai Bear Stearns, eine der "großen Fünf" amerikanischen Investmentbanken, ist pleite und wird schließlich von JP-MorganChase, der zurzeit größten Bank der USA, zu einem Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes übernommen.
- 2008, Juli Die Hypothekenbank IndyMac wird von ihren Kunden gestürmt, die innerhalb weniger Tage 1,3 Mrd. Dollar abheben, und bricht zusammen. Der Zusammenbruch ist der zweitgrößte Bankenkrach in der Geschichte in den USA.
- 2008, 8. September Die beiden in den USA ansässigen größten Hypothekenbanken der Welt, Fannie Mae und Freddie Mac, sind zahlungsunfähig und werden praktisch verstaatlicht. Die Ermächtigung dazu hatte der Kongress dem Finanzminister bereits im Juli erteilt. Die Banken haben sich zur Finanzierung der von ihnen vergebenen Kredite mit Anleihen im Wert von zusammen 2.400 Mrd. Dollar verschuldet.
- 2008, 15. September Die schon länger kriselnde Investmentbank Lehman Brothers ist insolvent und muss, nachdem die amerikanische Regierung keine Unterstützung anbietet, Konkurs melden. Mit Merrill Lynch wird eine weitere Investmentbank am sel

### Unannehmbar!?

*"Oskar Lafontaine hat am Donnerstag gesagt, was die Regierung vorhat, sei "technisch nicht zu beanstanden". Und Ihre Kollegin Dagmar Enkelmann hat am Dienstag noch geäußert, an der Linken werde das Rettungspaket nicht scheitern ...*

U. Maurer: Ich war dabei, als Oskar Lafontaine das Gesetz zum ersten Mal in der Hand gehabt, gelesen hat. Er hat zu mir gesagt, das ist unannehmbar. Ich glaube, daß eine Verwechslung entstanden ist zwischen der Frage, dass wir das Verfahren im Bundestag nicht blockiert haben, und unserer Position in der Sache.

*Also haben Sie gegen das Hauruckverfahren nichts einzuwenden?*

U. Maurer: Man muss nicht in jede Falle laufen, die das System einem stellt. Wir hätten es ungefähr um eine Woche, vierzehn Tage aufhalten können. Aber sie hätten das genutzt, um zu sagen, Die Linke hat die Finanzmärkte in den Abgrund gestürzt. Jetzt stürzen sie auch so in den Abgrund, aber sie können es uns nicht anhängen."

- Gespräch mit Ulrich Maurer,  
Junge Welt, 17.10.2008

### Wohin staatliches Geld fließt, muss auch staatliches Eigentum entstehen

"Dass ein Rettungspaket erforderlich ist, ist unstrittig. Dass das zügig geschehen musste, ist auch unstrittig. Dafür hatten Sie unsere Zustimmung. Wir kritisieren aber zwei Dinge: Erstens. Sie sagen, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, wenn staatliches Geld fließt. Man kann dann Bonusscheine oder Aktien erwerben, aber ohne Mitbestimmungsrechte. Man kann aber auch solche Aktien erwerben, dass man anschließend etwas zu sagen hat. Das alles regeln Sie in Verordnungen. Auf diese haben wir aber keinen Einfluss, selbst wenn ein Ausschuss davon erfährt. Der Bundestag hat dann nichts mehr zu entscheiden. Darauf können wir uns nicht einlassen.

Wir sagen: Wohin staatliches Geld fließt, muss auch staatliches Eigentum entstehen; denn die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind dann auch am Gewinn zu beteiligen. Zweitens. Wenn man so etwas macht und das der Regierung überlässt, dann muss man, das wurde hier vielfach erklärt, Grundvertrauen in die Regierung haben. Das haben wir nicht ..."

- Gregor Gysi im Bundestag am 17.10.2008

	ben Tag von der Bank of America übernommen. Damit sind innerhalb eines knappen halben Jahres drei der ehemals "großen Fünf" von der Bildfläche verschwunden.	<b>Bundesgesetz ohne Fristen durchgepeitscht</b> "Für die Verabschiedung eines Bundesgesetzes sind im Grundgesetz genaue Fristen festgeschrieben (GG, Artikel 76/77). Danach muss die Bundesregierung ihre Gesetzesvorlage zunächst dem Bundesrat zuleiten, der dann sechs Wochen Zeit hat, dazu Stellung zu nehmen. Diese Frist kann gegebenenfalls um jeweils drei Wochen verkürzt oder verlängert werden.  Mit der Stellungnahme der Länderkammer und der Gegenäußerung der Bundesregierung geht die Gesetzesvorlage dann in den Bundestag, wo sie nach erster Lesung und Ausschussberatungen schließlich in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden kann. Dann wiederum hat der Bundesrat nochmals drei Wochen, um den Vermittlungsausschuss zu dem Gesetz anzurufen oder die Vorlage passieren zu lassen.  Dieses Verfahren kann die Bundesregierung nur abkürzen, wenn alle im Bundestag vertretenen Parteien zustimmen und für diesen Fall auf ihre im Grundgesetz verbrieften Rechte verzichten. Deshalb informierte die Kanzlerin direkt im Anschluss an die Kabinettsitzung am Montag die Vorsitzenden aller Parlamentsfraktionen und erhielt von allen, einschließlich der Linkspartei, die Zustimmung zum Eilverfahren.  In ihrer gestrigen Regierungserklärung bedankte sich Merkel daher ausdrücklich bei allen Fraktionen für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Nun sollen alle drei Lesungen des Bundestags, die Abstimmung im Bundesrat und die Unterschrift des Bundespräsidenten bis zum Wochenende durchgepeitscht werden."  - Ulrich Rippert: Die Diktatur der Banken. 16.10.2008
2008, 20. September	Die amerikanische Regierung schnürt ein sogenanntes Rettungspaket u. a. zum Aufkauf fauler Kredite über veranschlagte 700 Mrd. Dollar.	
2008, 22. September	Um Zugriff auf die Geldtöpfe der amerikanischen Notenbank zu erhalten, erklären die zwei übriggebliebenen Investmentbanken an der Wall Street, Goldman Sachs und Morgan Stanley, ihre Absicht, sich in gewöhnliche Geschäftsbanken zu verwandeln und sich damit einer strengeren Bankenaufsicht zu unterstellen. Die deutsche Regierung lehnt es ab, sich an dem amerikanischen Rettungspaket zu beteiligen. Die Verursacher der Krise, so der Tenor, saßen in den USA und sollten ihre Suppe selber auslöffeln. Gefordert wird stattdessen im Gegenzug die Zustimmung der USA zu schärferen internationalen Kontrollen der Weltfinanzmärkte. Auch ein eigenes Hilfspaket für unter Druck stehende deutsche Banken lehnt die Regierung ab.	
2008, 25. September	Finanzminister Steinbrück in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag: " ... Die Fernwirkungen der Krise sind derzeit nicht absehbar. Eines scheint mir aber wahrscheinlich: Die USA werden ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren. Das Weltfinanzsystem wird multipolarer. ..."	
2008, 28. September	Die FAZ meldet: Dem größten europäischen Hypothekenfinanzierer, der Münchener Hypo Real Estate droht die Insolvenz. Durch Engpässe bei der Refinanzierung, die infolge des Zusammenbruchs von Lehman Brothers entstanden, fehlt ihr ein zweistelliger Milliardenbetrag.	
2008, 1. Oktober	Ein Rettungsplan für die Hypo Real Estate mit einer Gesamtsumme von 35 Mrd. Euro sieht Staatsgarantien über gut 26 Mrd. Euro vor sowie weitere von einem Bankenkonsortium beizusteuende Milliarden.	
2008, 2. Oktober	In einem Interview mit dem Wall Street Journal weist Steinbrück Überlegungen der französischen Regierung zu einem gemeinsamen Hilfspaket für europäische Banken zurück.	
2008, 3. Oktober	Nach der Zustimmung des US-Senats zum 700-Mrd.-Dollar schweren Rettungspaket für notleidende Banken zwei Tage zuvor stimmt nun auch das Repräsentantenhaus zu. Der amerikanische Finanzminister erhält damit Vollmachten über die Verwendung mehrerer hundert Milliarden Dollar.	
2008, 5. Oktober	In einer erneuten Krisensitzung von Bundesregierung und Spitzen des deutschen Bankenwesens wird der Rettungsplan für die Hypo Real Estate auf insgesamt 50 Mrd. Euro aufgestockt. Merkel und Steinbrück sprechen für Geldeinlagen auf Giro-, Spar- und Geldmarktkonten eine unbefristete staatliche Garantie aus. Allerdings wird diese Garantie für mehr als 1000 Mrd. Euro weder als Gesetz formuliert noch als Posten in den Haushalt eingestellt. Es sei "ein politisches Versprechen, das stärkere Vertrauensstörungen verhindern soll". (eine Sprecherin des Finanzministeriums)	
2008, 13. Oktober	Nach Gipfeln der G7 in Washington und der EU in Paris am Wochenende verkünden die Regierungen Frankreichs, Italiens, Österreichs und Deutschlands zeitgleich jeweils eigene nationale sogenannte Rettungspakete für ihre Banken. Die Bundesregierung beschließt ein 480-Milliarden-Programm, das noch Ende der Woche Gesetz werden soll. Voraussetzung für das Eilverfahren zur Verabschiedung des Pakets, bei dem es um eine Summe geht, die fast das Doppelte des gesamten Bundeshaushalts umfasst, ist das Einverständnis aller Bundestagsfraktionen. Alle fünf Vorsitzenden stimmen dem Verfahren zu.	
2008, 17. Oktober	Bundestag und Bundesrat verabschieden jeweils in abschließender Lesung das Gesetz zur Finanzmarktstabilisierung. Die Grünen und die LINKE stimmen im Bundestag dagegen. Im Bundesrat wird das Gesetz einstimmig verabschiedet, also auch mit den Stimmen des rot-roten Senats in Berlin. Und auch der Bundespräsident unterschreibt noch am selben Tag. Das Gesetz gibt der Regierung die Vollmacht im Wege von Verordnungen zum einen bis zu 80 Mrd. Euro Finanzhilfen an Banken zu vergeben sowie zum andern bis zu 400 Mrd. Euro an Bürgschaften zu übernehmen. Dies jeweils zu Bedingungen nach eigenem Ermessen.	

## "DIE LINKE fordert:

### Absicherung zentraler Aufgaben des Finanzsystems

- ausreichende und zinsgünstige Kreditversorgung,
- Garantie der Bankeinlagen in unbeschränkter Höhe,
- Einrichtung eines von den privaten Finanzinstituten gespeisten Sicherungsfonds.

### Beseitigung besonders destabilisierender Praktiken

- drastische Reduzierung und wo nötig Verbot von besonders riskanten Finanzinstrumenten,
- energische Eindämmung von Hedge-Fonds,
- Verpflichtung zu mehr Eigenkapital,
- Verbot von Aktienoptionen für Manager,
- Mindesthaltefristen für Aktienbeteiligungen des Managements,
- verschärfte Haftung von Managern.

### Schritte zur mittelfristigen Reform des Finanzsystems

- internationales Kreditregister,
- weitgehende Beschränkung von Banken auf das Einlagen- und Kreditgeschäft,
- strenge Kontrolle des Investmentbankings, keine spekulativen Geschäfte mit Devisen,
- verschärfte Beschränkungen für kapitalgedeckte Altersvorsorge,
- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung,
- Kontrolle von privaten und Aufbau von öffentlichen Rating-Agenturen,
- Zulassungspflicht für bestehende und neu entwickelte Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV,
- Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen,
- Schließung von Steueroasen"

Linksfraktion im Bundestag zur Finanzkrise

## Rettungspaket? - Kampfansage!

Das deutsche ‚Rettungspaket‘ ist allerdings eine ganz andere Veranstaltung als die 700 Milliarden Dollar in den USA. Das sieht man schon daran, dass es keinen großen Zank gab: Es gibt weniger, worum sich zu streiten lohnt. Der Riesenumfang des Paketes ist nicht Hinweis auf die Größe der deutschen Probleme, sondern eine Machtdemonstration: ‚Guckt mal, wie viel wir uns leisten können, die kleine Bundesrepublik fast soviel wie die große USA!‘ Tatsächlich sind die Zahlen aber nicht vergleichbar, denn die Risiken im deutschen Programm sind wesentlich kleiner. Auch wenn die Opposition im Parlament gerne über den Finanzminister spottet, leider hatte Steinbrück recht, als er auf die größere Stabilität des deutschen Bankensystems hinwies. Das hat aber weniger mit der Organisationsform zu tun (Universalbanken, Drei-Säulenmodell mit öffentlich-rechtlichen, privaten und Genossenschaftsbanken), sondern mit der erfolgreichen Durchsetzung des deutschen Kapitals in den letzten 20 Jahren. ...

In allen drei angeführten Konflikten hat das ‚Rettungspaket‘ der deutschen Regierung eine Funktion. In allen drei Konflikten aber geht es nicht darum, etwas zu ‚retten‘. Im transatlantischen Kräftemessen, in der Behauptung der deutschen Spitzenstellung in der EU und im Konflikt um die Gestaltung des deutschen Bankwesens - jedes Mal handelt es sich um eine Kampfansage: um den offensiven Anspruch des deutschen Kapitals, bei der Neuaufteilung der Weltfinanzmärkte mitzubestimmen und dazu das eigene Vorfeld und Hinterland zu kontrollieren. Die Gesetzgebung zur Finanzmarktstabilisierung hat auch dem letzten zeigen können, dass die Bundesregierung bereit ist, diesen Anspruch zu unterstützen. Deshalb war und ist die Deutsche Bank gar nicht gegen das Gesetz, auch wenn sie selber das Geld nicht braucht.“ (Sebastian Gerhard: Rettungspakt? Kampfansage! Auf [www.ostblog.de](http://www.ostblog.de), 28.10.2008)

## "Banken in öffentliche Kontrolle und Millionärsteuer"

1. Der Banken- und Kreditbereich gehört in öffentliche und gemeinwirtschaftliche Kontrolle, so wie die Sparkassen und Genossenschaftsbanken dies ohnehin schon sind. Diese erweisen sich im aktuellen Finanzcrash als einzig stabiler Stützpfiler, ohne den die Realwirtschaft schon viel stärker getroffen wäre. Der private Bankensektor hat abgewirtschaftet und seine historische Überleblichkeit ist offensichtlich.

Die Bundesregierung wird aufgefordert den gesamten bisher privaten Bankensektor in öffentliche Kontrolle und Eigentum zu überführen. Dabei ist eine demokratische

### Gemeinwesen als Geisel genommen

"Alles in Allem stehen wir am Ende einer Woche, in der die Demokratie in diesem Land erneut an Boden verloren hat: Die Banken haben sich einmal mehr durchgesetzt, die öffentlichen Kassen wurden einmal mehr geplündert.

Vielleicht muss man aber das Bild der Erpressung noch etwas verfeinern: das Gemeinwesen wurde von den Banken als Geisel genommen und erfolgreich erpresst. Aber die Bundesregierung, allen voran der Bundesfinanzminister, war keineswegs wehrlose Geisel, sondern willfähriger Komplize."

- Axel Troost: Erpresserischer Gesellschaftsraub, 17.10.2008

### Obamas finanzielle Zwänge

"Schon jetzt machen sich die beiden Präsidentschaftsbewerber darüber Gedanken, wie sie mit dem Erbe der Finanzkrise umgehen werden. McCain kündigte bereits an, er werde im Fall seines Wahlsiegs trotz hoher Staatsschulden nicht die Steuern erhöhen. Allerdings wachsen durch den Aufkauf der faulen Kredite die Defizite so sehr, dass der Handlungsspielraum des neuen Präsidenten eng begrenzt sein wird. Insbesondere Obama, der umfangreiche Investitionen in Bildung und Gesundheit plant, dürfte von den finanziellen Zwängen empfindlich getroffen werden."

- Berlin gibt USA einen Korb, Handelsblatt, 22.09.2008

Kontrolle und Ausrichtung der Geschäftspolitik der Banken auf die Erfordernisse der Bevölkerung und der Realwirtschaft von entscheidender Bedeutung.

Das Bankgeschäft muss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert werden. Das Ziel muss sein innerhalb der EU zu einer gemeinsamen Politik der Bekämpfung der Finanzkrise zu kommen, ein öffentlicher Bankensektor europaweit ist hierbei ein wichtiger Eckpfeiler. Darüber hinaus ist anzustreben, weltweit mindestens die rund 50 wichtigsten Banken in öffentliche Kontrolle und Verfügung zu überführen.

2. Zur Abschöpfung des frei vagabundierenden Finanzkapitals ist eine Millionärsteuer notwendig: Bei einem Steuerersatz von etwa zehn Prozent bei einem Freibetrag von einer Million können jährlich über 200 Milliarden Euro abge-

schöpft werden. Viel Geld, das für Bildung und Erziehung, öffentliche Daseinsvorsorge, eine hervorragende Infrastruktur und den ökologischen Umbaus unseres Landes eingesetzt werden könnte. Es wäre sogar die Schuldentilgung vor allem von Länder- und Kommunalhaushalten denkbar, die heute mit rund 600 Milliarden Euro in der Kreide stehen. Und Geld für Rettungsaktionen von Banken bliebe auch noch übrig.

Voraussetzung der Krise war die Aufblähung der Finanzmärkte auf mehr als 100 Billionen Dollar. 1980 waren es gerade einmal vier Billionen Dollar. Je mehr Vermögen nach immer höherer Rendite strebt, desto größer die Tendenz zur Selbstständigkeit der Finanzsphäre ge-

genüber der Realwirtschaft. Desto größer der gesellschaftliche Schaden, der ange richtet wird. Die Geldschwemme ist Resultat einer massiven Umverteilung von unten nach oben. Unternehmern, Vermögenden und Beziehern hoher Einkommen sind in Deutschland in den letzten zehn Jahren rund eine Billion Euro zusätzlich zugeflossen; die eine Hälfte weil die Lohnerhöhungen zu niedrig waren, die andere aufgrund massiver Steuergeschenke. Die oberen zehn Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen inzwi-

schen über fast zwei Drittel des Gesamtvermögens." (Positionspapier Michael Schlecht, Mitglied im Parteivorstand)

## Sozialversicherungen vor der Pleite? Und jetzt kommt die Rezession!

Finanzierungsdefizite bei den Sozialversicherungen im ersten Halbjahr von über zwei Milliarden Euro. Im entsprechendem Vorjahreszeitraum entstand lediglich ein Fehlbetrag von 0,5 Milliarden Euro. Das Minus hat im ersten Quartal 2008 schon 3,7 Milliarden Euro betragen. Weiterhin stimmte das Bundeskabinett einer Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung zu.

Verantwortlich für die Defizite sind nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes die gesetzlichen Krankenkassen (GKV), die soziale Pflegeversicherung (SPV) sowie die Bundesanstalt für Arbeit. Die Ausgaben stiegen für den Berichtszeitraum um 1,9 Prozent auf 236,9 Milliarden Euro, während die Einnahmen um 1,2 Prozent auf 234,90 Milliarden Euro zunahmen. Zur gesetzlichen Sozialversicherung zählen auch die Alterssicherung für Landwirte, die gesetzliche Rentenversicherung und die Unfallversicherung.

### Eine Milliarde Euro fehlten im ersten Halbjahr in der GKV

Die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung nahmen im ersten Halbjahr um 5,1 Prozent auf 79,7 Milliarden Euro zu. Im gleichen Zeitraum wuchsen die Einnahmen um 3,4 Prozent auf 78,7 Milliarden, das ist ein Fehlbetrag von einer Milliarde Euro. Im Vorjahr gab es noch einen Überschuss von 300 Millionen Euro.

Die Kosten stiegen vor allem in Mehrausgaben für Krankengeld und Arzneimittel. Deshalb wurde auch Mitte letzten Jahres die Beiträge von zahlreichen GKV-Kassen erhöht. Jetzt kommt der Gesundheitsfonds, der durch einen einheitlichen Beitragssatz von 15,5 % kostendeckend arbeiten soll. Da in diesem Gesundheitssystem in den letzten 30 Jahren nichts funktioniert hat (Gesundheitliche Flickschusterei), wird der Fall eintreten, was die meisten Kassen schon befürchten: Die Versicherten müssen dann die Defizite durch Zusatzbeiträge aufbringen.

### Miese macht auch die Pflegeversicherung

Die Kosten der sozialen Pflegeversicherung stiegen um 2,9 Prozent auf 9,4 Milliarden Euro. Im gleichen Zeitraum verbesserte sich die Einnahmen um 2,8 Prozent auf 9,0 Milliarden Euro, auch hier entstand ein Fehlbetrag und zwar von 400 Millio-

nen Euro. Der Beitrag zur Finanzierung wurde ab 1. Juli um 0,25 Prozentpunkte auf 1,95 und bei Kinderlosen wurde der Beitragssatz auf 2,20 Prozentpunkte angehoben.

### Minus auch bei der Bundesagentur für Arbeit

Seit dem 1. Januar 2008 wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 Prozent auf 3,3 Prozent gesenkt. Dies bescherte der Bundesagentur für Arbeit einen Fehlbetrag von 700 Millionen Euro, wobei im Vorjahreshalbjahr noch 1,2 Milliarden Euro an Überschuss zu verzeichnen war. Die Ausgaben gingen um 4,4 Prozent auf 19,1 Milliarden Euro zurück, die Einnahmen gingen um 13,2 Prozent auf 18,4 Milliarden Euro zurück.

Das Bundeskabinett beschloss nun, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab den 1. Januar 2009 von derzeit 3,3 Prozent auf 3,0 Prozent abzusenken. Weiterhin soll durch eine Rechtsverordnung der Beitragssatz auf 2,8 Prozent in einen Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 30.06.2010 abgesenkt werden.

Olaf Scholz (SPD) erklärte dazu: "In der Kombination werden die Ziele einer größtmöglichen Beitragssenkung sowie einer langfristig stabilen Finanzplanung für die Bundesagentur für Arbeit miteinander vereint". Ob ab dem 1. Juli 2010 der Beitragssatz auf 3,0 Prozent steigen wird, wird dann die neue Bundesregierung entscheiden.

Mit einem deutlichen Anstieg der Erwerbslosenzahl in den kommenden Jahren ist allein durch die jetzige Finanzkrise zu rechnen. Hier wird sich der Fehlbetrag mit grenzender Wahrscheinlichkeit noch drastisch erhöhen.

### Nur die gesetzliche Rentenversicherung mit leichtem Plus

Laut dem Statistischen Bundesamt haben sich die Einnahmen zur gesetzlichen Rentenversicherung um 2,6 Prozent auf 118,1 Milliarden erhöht. Der Zuwachs auf der Ausgabenseite fiel wesentlich geringer aus, nämlich mit 1,2 Prozent. Daher wurde ein geringes Plus von 51 Millionen Euro verbucht. Im ersten Quartal 2008 stand noch ein Fehlbetrag von 1,3 Milliarden Euro zu Buche.

- Jörn Seib, 17.10.08



## Satire oder Skandal ?

Der Streit um die "Stalin-Geburtstagsfeier"  
des Lübecker Genossen Ragnar Lüttke aus dem Jahre 2004

# Lübecker Linke feierten Stalins Geburtstag

Foto bringt Kreischef in  
Bedrängnis – Lüttke  
weist Vorwürfe zurück

**Lübeck** – Der innerparteiliche Streit der Linken droht endgültig aus dem Ruder zu laufen. Nach den Querelen um den Landesparteitag sorgt nun ein – offenbar privat aufgenommenes – Foto von einer Stalin-Feier für Zündstoff. Das Bild stammt aus dem Jahre 2004 und zeigt den Lübecker Kreisvorsitzenden Ragnar Lüttke bei einer fidelen Geburtstagsfeier für den Diktator. Dabei gab es sogar eine Torte mit dem Abbild Josef Stalins, unter dessen Herr-

schaft in der Sowjetunion Millionen von Menschen starben. Lüttke, dem ein autoritärer Führungsstil vorgeworfen wird, ging auch gestern in die Offensive und sprach von einer „gezielten Attacke“ gegen seine Person. Die Feier erklärte er auf Anfrage so: Es habe sich um eine „satirische Veranstaltung“ im privaten Rahmen gehandelt. „Es ging nicht darum, Stalin zu huldigen, sondern um das Gegenteil.“ Eine solche Veranstaltung hätte ihn im Ostblock vermutlich ins Gefängnis gebracht, sagte Lüttke, der auch Mitglied der Lübecker Bürgerschaft ist. Der 42-Jährige vermutet, dass das Foto von parteiinternen Gegnern in Um-

lauf gebracht wurde, um ihm eine „undemokratische Gesinnung“ zu unterstellen. „Das ist natürlich bitter für mich, aber auch für die Partei.“ Namen nannte er zwar nicht. „Aber es ist ja nicht zu übersehen, dass dies alles im Zusammenhang mit dem Landesparteitag steht, auf dem eine Gruppe von Leuten eine Niederlage erlitten hat.“

Lüttke spielt damit auf den so genannten Neumünsteraner Kreis um den Bundestagsabgeordneten Lutz Heilmann an, der mit dem Lübecker Kreisverband schon seit längerem über Kreuz liegt. Wie berichtet haben die Neumünsteraner Linken den Landesparteitag angefochten,

weil nach ihrer Auffassung schon die Wahl der Delegierten aus Kiel und Lübeck gegen die Satzung verstoßen hat. Der Lübecker Kreisverband wurde dabei als Beispiel für „immer noch vorhandene totalitär agierende Sektiererguppen“ kritisiert. Heilmann kommentierte auch die Stalin-Feier scharf: „Egal, ob das Satire war oder nicht: Lüttke hat mit seinem Verhalten der Partei geschadet“, erklärte der Bundestagsabgeordnete. Heilmann war vor knapp drei Jahren selbst unter Druck geraten, weil er seine Tätigkeit als Personenschutz für die Staatssicherheit unter der Decke gehalten hatte. stl

Ein Aufriss aus den Lübecker Nachrichten vom 6.10.2008

## Ragnar Lüttke äußert sich zu Vorwürfen

Zur Berichterstattung über eine private Feier aus dem Jahr 2004 gibt der Kreisvorsitzende der Linken in Lübeck, das Mitglied der Lübecker Bürgerschaft Ragnar Lüttke eine persönliche Erklärung ab. Wir veröffentlichen sie im Wortlaut:

„Ich wirke seit über zehn Jahren am Aufbau einer demokratischen linken Partei in Lübeck und Schleswig-Holstein mit. Ich habe mich stets zur Demokratie bekannt und lehne jede Form von totalitären Systemen und Diktaturen strikt ab. Stalin war ein Jahrhundertverbrecher, der Millionen Kommunisten umgebracht hat. Ich hege keinerlei Sympathie oder Anerkennung für die ehemalige Sowjetunion. Die Sowjetunion war zutiefst undemokratisch. Menschen, die ihre eigene Regierung kritisierten oder sich satirisch über sie lustig machten, wurden verfolgt. So ein System lehne ich zutiefst ab. Gleichheit und Freiheit gehören zusammen. Ich kämpfe seit über zehn Jahren für einen demokratischen Sozialismus.“

Die Veröffentlichung eines vier Jahre alten missverständlichen Fotos, das in privatem Rahmen auf einer satirischen Ver-

anstaltung vor vier Jahren entstanden ist, eine Veranstaltung auf der das sowjetische System lächerlich gemacht wurde, steht meines Erachtens im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Landesparteitag der LINKEN Schleswig-Holstein von vor einer Woche. Hier haben die parteiinternen Gegner des Lübecker Kurses der LINKEN eine Niederlage erlitten. Erstaunlicher Weise warfen mir die gleichen Leute, die jetzt das Foto kritisieren auf dem Landesparteitag Sozialdemokratismus und mangelnden gesellschaftlichen Umgestaltungswillen vor, die LINKE Lübeck sei zu SPD-freundlich, hieß es.

Jetzt taucht dieses vier Jahre alte Privatfoto in den Medien auf. Das Foto wird offenbar benutzt, um mir eine undemokratische Gesinnung zu unterstellen. Dieses weise ich aufs Schärfste zurück. Allen, die mir Stalinismus unterstellen, sei gesagt, dass das Feiern einer solchen satirischen Party in der stalinitischen Ära direkt in den Archipel Gulag geführt hätte wenn nicht sogar vor ein Erschießungskommando.

6.10.2008, Erklärung von Ragnar Lüttke,  
Kreisvorsitzender und Mitglied der Bürgerschaft

## Zur „Stalin-Party“

„Dem Landesvorstand lag ein Artikel aus der SHZ vor, in dem ein Foto veröffentlicht ist, welches Ragnar Lüttke vor einem Stalin-Portrait zeigt. Dieses Foto ist auf einer Party 2004 aufgenommen und in der letzten Woche der Presse zugespielt worden...“

„Dem Landesvorstand lag unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Kreisen“ ein Antrag vor, auch diesen Vorgang zu behandeln. Die Mehrheit des Landesvorstandes lehnte es zum jetzigen Zeitpunkt ab, auf Grundlage dieses Vorfalls eine Debatte zum „Stalinismus“ zu führen. Um nicht damit auch noch diese, sicher nicht angenehme, Angelegenheit für eine weitere Zur-Schau-Stellung der schlecht entwickelten innerparteilicher Streitkultur zu unterfüttern“...

## Debatte immer - aber ohne Schlammschlachten

...„Die Debatte um die Fehler und Verbrechen im Namen des Sozialismus muss geführt und darf nicht ignoriert werden. Das ist keine Frage!“...

- „Mitgliederinfo“ vom 8.10.2008 und Stellungnahme vom 13.10.2008  
Landessprecher/in Björn Radke und Cornelia Möhring

## Helgoländer Erklärung:

...Nun wird von verschiedenen Seiten eine inhaltliche Debatte über die Geschichte des ehemals „real existierenden Sozialismus“ angemahnt. Diese mag notwendig sein. Klar muss aber sein, dass sie nur auf der Grundlage der Beschlüsse der Bundespartei betreffs DDR, Unteilbarkeit der Menschenrechte, Demokratie und Sozialismus, Parteiverständnis und weitere Kapitel dieses Themenbereichs, stattfinden kann. Keineswegs kann und darf sie eine Rechtfertigung für Teile der Partei darstellen, die offensichtlich ein rein taktisches Verhältnis zu diesen Beschlüssen hegen...

- 102 Unterschriften, Auszug aus  
einer eMail vom 23.10.2008

## Innerparteiliche Stellungnahme

Die Vorfälle sollten für uns Anlass sein, uns tatsächlich mit dem Stalinismus und den Fehlern autoritärer Sozialismusmodelle auseinanderzusetzen, bspw. in einer Bildungsveranstaltung oder einem Workshop. Wir stellen dem Stalinismus die Notwendigkeit einer demokratischen und emanzipatorischen Politik entgegen, wie wir sie für uns in unserem Leittrag auf dem letzten Landesparteitag reklamiert haben...

...Wenn wir uns mit ernsthaften Fehlern und Verbrechen im Namen des Sozialismus ernsthaft auseinandersetzen, können wir auch glaubhaft Politik betreiben”...

- 20 GenossInnen, 12.10.2008

## Parteiausschlussverfahren

“...Darüber hinaus fordert der Kreisverband Neumünster den Landesvorstand DIE LINKE.SH auf, sich umgehend in aller Öffentlichkeit von den stalinistischen Umtrieben des Ragnar Lüttke zu distanzieren und ein Parteiausschlussverfahren anzustreben, wenn Ragnar Lüttke unsere Partei nicht freiwillig verlässt...”

- Kreis Neumünster, Jörn Seib, 10.10.08

## Der Parteivorstand ...

...befasst sich mit dem Anliegen des Genossen Bernd Michels und anderer auf Ergreifung von Maßnahmen nach § 10 Abs. 5 S. 3 ParteienG gegen den Genossen Lüttke nicht.

“Die gesamte Satzung der Partei DIE LINKE ist von dem Gedanken getragen, dass es in der Partei DIE LINKE lediglich den Ausschluss eines Parteimitgliedes gibt und dieser ausschließlich von der Schiedskommission verhängt werden darf.[1] ...

...“Darüberhinaus erfüllt der Antrag aber auch nicht die Voraussetzungen für eine Handlung nach § 10 Abs. 5 S. 3 ParteiG... Die Vorfälle und Auseinandersetzungen liegen längere Zeit zurück und sind auf durch den Parteivorstand nicht nachvollziehbaren Wegen an die Öffentlichkeit gelangt. Der betroffene Genosse Lüttke hat diesbezüglich erklärt, es handle sich um „Satire“ die „nicht ernstgemeint“ gewesen sei...

Nach Angaben der Antragssteller haben regionale und überregionale Medien die Angelegenheit zum Anlass genommen, die demokratische Gesinnung der gesamten Partei in Frage zu stellen und es erwarteten Politiker aller Parteien eine Distanzierung...

Der gesamte Antrag läuft darauf hinaus, dass eine Distanzierung erwünscht ist. Eine solche Distanzierung ist allerdings – soweit politisch gewünscht – übereinen Vorstandsbeschluss der jeweiligen Ebene denkbar.

# Stalin lebt !?

Einige wesentliche Charakteristika stalinistischer Politik  
von Ralf Iden, 28.10.2008

## Gegen die Akzeptanz der bürgerlichen These vom Kommunismus gleich Stalinismus

### Streiten lernen

Die aufgeregte und hektische Diskussion über veröffentlichte Fotos einer Stalin-Geburtstagsfeier zeigt wie im Brennglas den ganzen elendigen Zustand, in dem sich die Debatten- und Streitkultur in unserem Landesverband befindet. Mehrere Erklärungen mit weit über hundert Unterschriften befassen sich mit dem Stein des Anstoßes und bemühen allesamt Verurteilungen des Stalinismus, auch aus den „programmatischen Eckpunkten“, nicht ohne implizit oder explizit den jeweils anderen eben diese stalinistischen Methoden zu unterstellen, die sie für sich ausschließen.

Doch was ist eigentlich Stalinismus? Wie muss die Partei strukturell und dann letztlich organisatorisch aufgebaut sein, um diesem Phänomen Paroli bieten zu können?! Und welche programmatischen (politisch-inhaltlichen) Konsequenzen sind zu ziehen, um einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, auch als Lehre aus dem falschen, revidierten Verständnis des Sozialismus des 20. Jahrhunderts, zu entwickeln?

Zu all diesen wichtigen Fragen, findet sich das eine oder andere Einsprengsel, mal hier mal da, einen systematischen Debattenbeitrag sucht man vergeblich. Nun könnte man sagen, ja mein Gott, wir haben Wichtigeres und vor allem Aktuelles zu tun! Da warten die Europawahlen, die Bundestagswahlen und in 2010 die Landtagswahlen. Genau darum muss es gehen. Auch eine historische Debatte kann unseren heutigen Anforderungen dienen. Aus der Vergangenheit Konsequenzen auch für heute zu ziehen, scheint mir möglich. Die Partei darf den Stalinismus nicht unbegriffen in sich fortspucken lassen, sondern ist gezwungen sich einem Begriff von ihm zu machen. Dazu sind sich die Kenntnisse seiner Geschichte anzueignen, um beurteilen zu können, was an ihm nur Geschichte und was fortlebt in der Partei.

### Neue Programme und Profile !

Wird nicht demnächst ein Bundesprogramm für die LINKE in die Diskussion und zur Verabschiedung kommen? Müssen wir nicht ein landespolitisches Profil erarbeiten? Und geht es nicht dabei um

Fragen wie linkssozialdemokratische und/oder sozialistische Positionierung?! Sollen wir ein Regierungsprogramm zur Rettung kapitalistischer Marktwirtschaft entwickeln oder uns konsequent an die Seite der Lohnabhängigen stellen und damit sozialistische Maßnahmen in unserem Profil in den Vordergrund rücken?!

Zur Inangriffnahme all dieser Fragen stehe ich an Björn Radkes Seite, wenn er in seiner Bewerbung zum Landessprecher schreibt:

“Ich will die Entwicklung der Partei zu einer gemeinsam lernenden Organisation und zu einer offenen und aktiven, öffentlich tätigen demokratischen Linkspartei vorantreiben.

Ich trete dafür ein, dass die Partei zur Bewältigung dieser Aufgaben alle ihre Ressourcen nutzt und unterschiedliche Sichtweisen in eine konstruktive Debattenkultur einbringt mit dem Ziel der Schaffung eines klaren landespolitischen Profils.”

### Alte strömungspolitische Abgrenzungskultur ?

“Gemeinsam lernende Organisation“ die “unterschiedliche Sichtweisen in eine konstruktive Debattenkultur einbringt“, klingt gut. Wie schlimm ist demgegenüber, wie er auch schreibt, “die alte linke strömungspolitische Streit- und Abgrenzungskultur, die auch persönliche Beschädigung in Kauf nimmt“. Um Ersteres zu erreichen, müssen wir in der Tat Zweiteres “hinter uns lassen”.

Doch zurzeit steht die Sache förmlich auf dem Kopf. Übrig geblieben, glaubt man Björn Radke, wenn er von alten Zeiten redet, scheint von der “alten linken strömungspolitischen Streit- und Abgrenzungskultur“ nur das Moment “persönliche Beschädigung in Kauf“ zu nehmen, und der Gegenstand des Streites scheint abhanden gekommen. Den strömungspolitischen Streit, auch über alte Fragen, kann ich im aufgewirbelten Staub des Geraufes rivalisierender “Kreisfürsten“ und ihres jeweiligen Anhangs leider nicht erkennen. Was sind die schwer wiegenden inhaltlichen Differenzen zwischen z.B: Ragnar Lüttke und Jörn Seib, die selbst “vor “persönlichen Beschädigung“ nicht zurückzuschrecken scheinen?

Liebe Genossen, besinnt euch und kommt endlich zur Sache! Legt eure politischen Differenzen sachlich dar, und lasst uns gemeinsam lernend den Gegenstand politisch in den Griff zu kriegen versuchen. Eine Kultur des sachlichen Streits zu entwickeln, ihren Formverlauf und politische Ausstrahlungskraft handhaben zu lernen, ist die aktuelle Herausforderung.

Ja, politische Ausstrahlungskraft. Machen wir uns nichts vor. Die uns nahe stehenden Menschen wissen darum, dass es bei uns unterschiedliche politische Vorstellungen gibt. Und wenn wir nicht ganz jenseits von dieser Welt sind, sind es teilweise ähnliche Fragen und Herausforderungen, vor denen auch sie stehen. Es kommt nicht zuletzt darauf an, wie wir diese Fragen diskutieren, bearbeiten und in praktische Politik umsetzen. Wie wir die Herausforderungen annehmen. Und ob uns beobachtende Menschen sagen, die gehen konstruktiv, sachlich, aber dann auch konsequent mit Problemen um. Da mache ich mit.

Die politische Auseinandersetzung zu deckeln aus Angst, der politische Gegner könnte Differenzen ausnutzen ist naiv. Das Gegenteil ist der Fall. Wird dem politischen Streit ausgewichen, wird ihm keine Form gegeben, herrscht der politische Maulkorb, entsteht treibhausartig das Klima, in welchem das Gerücht, die Intrige und damit letztlich die persönliche Verletzung gedeiht und blüht. In so einem Klima fühlt sich nicht nur der Staatsschutz wohl, sondern darauf aufbauend können die Medien und andere ihre Süppchen zur Verunglimpfung unserer Partei kochen. Eine monolithische Partei, ohne Flügel und Strömungen ist ein idealistisches Unding. Wenn so ein Idealismus Wirklichkeit wird, steht ihm immer die Gewalt Pate, und das Monstrum der stalinistischen KPdSU zeigt wohin das führen kann.

### **Merkmale des Stalinismus**

Ich möchte im Folgenden kurz anreißen, welche Merkmale den Stalinismus in seinen Anfängen historisch charakterisiert haben. Dieser Einstieg erhebt nicht den Anspruch die Sache begrifflich voll zu erfassen, sondern ist vielmehr als das Angebot zu verstehen sich gemeinsam mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Damit Streit zunehmend gehaltvoll wird und Mehrheiten qualifiziert entscheiden.

Immer wieder wird an der Politik der ehemaligen Sowjetunion ihr undemokratischer Charakter kritisiert. Stalins Politik sei gekennzeichnet durch einen überzogenen, undemokratischen Umgang mit der Konterrevolution, zumindest aber mit

der bürgerlichen Opposition.

Spätestens seit 1924, wo Stalin erstmalig vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" sprach, trat das originär sozialistische Verständnis von einer internationalen Revolution die zu bewerkstelligen sei, zunehmend in den Hintergrund. Der bis dahin selbstverständliche Gedanke, dass die Revolution im Westen - namentlich in Deutschland - die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion und natürlich auch rückwirkend in Deutschland mit Riesenschritten nach vorne bringen würde, geriet sukzessive in die Minderheit und begann innerparteilichen Repressalien ausgesetzt zu werden. Es sei angemerkt, dass das Ausbleiben der Revolution in Deutschland bis dato vorrangig in Verantwortung der Sozialdemokratie lag. Angefangen von ihrer unrühmlichen Rolle die sie 1918/19 spielte, bis hin zum Verhalten in der revolutionären Krise 1923.

1925 schon versuchte Stalin die Nationalisierung des Bodens, eines der Fundamente um in Richtung Sozialismus voranzuschreiten, rückgängig zu machen, um den Großbauern "Vertrauen in die Zukunft" zu geben. Diese Maßnahme war nicht mehrheitsfähig. Während die "linke Opposition" die Inangriffnahme des Auf- und Ausbaus der ländlichen Kollektivwirtschaften und der Industrialisierung forderten, verwies die herrschende Fraktion um Stalin auf "später", viel später. Noch Ende 1927 wurde eine Kollektivierungspolitik zurückgewiesen.

"Unentschlossenheit gegenüber der individuellen Bauernwirtschaft, Misstrauen gegen große Pläne, Eintreten für Minimaltempi, Geringschätzung der internationalen Probleme, all das zusammen bildet das eigentliche Wesen der Theorie des ‚Sozialismus in einem Land‘, die von Stalin erstmalig im Herbst 1924 aufgestellt wurde, nach der Niederlage des Proletariats in Deutschland. Keine Eile mit der Industrialisierung, kein Zank mit dem Muschik, kein Verlass auf die Weltrevolution und vor allem Schutz der Macht der Parteibürokratie vor Kritik! Die Differenzierung der Bauernschaft ist ja nur eine Erfindung der Opposition."

So charakterisierte Leo Trotzki, die Politik Stalins schon in den Anfängen seiner Herrschaft. Auf dem XV. Parteitag der KPdSU während der Jahreswende 1927/28 mobilisierte Stalin den Anti-Intellektualismus, verurteilte die Kritik der linken Opposition als Miesmacherei, der er die großen Erfolge der Partei gegenüberstellte, sowohl "draußen im Lande als auch im Zentrum." Er beendete seine Rede mit der Forderung des völligen po-

litisch inhaltlichen und organisatorischen Kottaus der "linken Opposition". Ja mehr, sie sollte alle ihre programmatischen Aussagen widerrufen und sich bedingungslos der offiziellen Politik, dem "Willen der Partei, ihren Gesetzen, ihren Direktiven ohne Vorbehalt und Zweideutigkeiten fügen." "Entweder sie nimmt das an oder sie verlässt die Partei. Geht sie aber nicht selber, dann werden wir sie hinausjagen." (Stalin)

Schon in den folgenden zwei Monaten wurden Tausende ausgeschlossen, wovon die meisten in die Verbannung geschickt wurden. Mehrere Tausend distanzieren sich zur gleichen Zeit von der linken Opposition um nicht ähnlichen Repressalien ausgesetzt zu werden. Vorboten massiver Gewalt gegen Genossen mit abweichender Position zur offiziellen Parteilinie. Bis zu den "Scheinprozessen" Ende der 30er Jahre wurden viele Zehntausende Internationalisten und Kommunisten ermordet. Wobei es gar nicht so einfach war, nicht in die Schusslinie zu geraten. Zeichnete sich doch die stalinistische Politik durch zweierlei Verhaltensweisen aus. In etwas ruhigeren Zeiten klammerte sie sich an den Status Quo und war nicht bereit, diesen nach vorn agierend zu revolutionieren ("Keine Eile mit der Industrialisierung, kein Zank mit dem Muschik.") In unruhigen politischen Zeiten ließ sie sich getrieben von der Empirie mal zu linkem, Mal zu rechtem politischem Agieren hinreißen.

Soweit programmatische Aussagen zu dem jeweiligen Gegenstand existierten, wurden sie kurzerhand den jeweiligen Tagesfragen untergeordnet. ("Misstrauen gegen große Pläne"). Dieser Opportunismus der Praxis, der noch 1927 von 4% Wirtschaftswachstum jährlich ausging, und den die "linke Opposition" "einen kleinlichen, durch und durch pessimistischen Plan" nannte, wofür sie als "Überindustrialisatoren" und "Phantasten" geschmäht wurden, schwenkte schon ein Jahr später um, und ging von 9% und ein weiteres Jahr später von den gleichen Zahlen aus, die die Opposition schon 1925 vorgelegt hatten. Nicht, ohne die Ingenieure und Ökonomen, die die erste Prognose unter direktem Diktat von Stalin erarbeitet hatten, hart zu bestrafen.

### **Wendejahr 1928**

Im selben Jahr 1928, als die Opposition in die Gefängnisse oder nach Sibirien transportiert wurde, unter anderen für ihre Kritik an der großbauernfreundlichen und kollektivierungsfeindlichen Politik, verhängten Groß- und Mittelbauern eine Getreideblockade über die Stadt. Eine Hungersnot war nicht mehr auszuschließen. Plötzlich gab es ihn doch, den

Großbauern, den Kulak. Dieser, so Stalin, sei gegen den sozialistischen Staat eingestellt und müsse bekämpft werden. In Wirklichkeit, so Trotzki, neigte der Großbauer nicht zu so einem Idealismus. Wenn er sein Getreide versteckte und es nicht verkaufte, so deshalb, weil er nicht genug daran verdiente.

Noch ein halbes Jahr später, verteidigte Stalin trotzdem die "individuelle Wirtschaftsweise", ohne den Zusammenhang des Wirkens der Großbauern zu eben dieser Wirtschaftsweise herzustellen. Ein weiteres halbes Jahr später, wurde die Parole des "Bereichert euch", eingepackt, die Theorie des schmerzlosen Hineinwachsens der Kulaken in den Sozialismus verurteilt und die Industrialisierung auf die Tagesordnung gesetzt. "An die Stelle der selbstzufriedenen Lethargie trat panisches Ungestüm." Der Opportunismus schlug um in sein Gegenteil, das Abenteuerertum. (Trotzki) Mit maßloser Gewalt, Zwangsmaßnahmen, kurz der Brechstange wurden jetzt ohne Rücksicht auf Verluste zentrale Momente der Programmatik der "linken Opposition" in kürzester Zeit durchgeführt. Dies alles hätte man mit mehr Zeit, planmäßig, geordnet, ohne große Friktionen und vor allem ohne die Drohung der Hungersnot durchführen können.

Nun stand jeder, der Einwände hatte, sofort unter dem Generalverdacht; Kulak?! Unter dem Verdacht des Versöhnertums und damit der rechten Abweichung. So begann Stalin Bucharin und Tomsky auszubooten. Eine programmatische Rochade, derer Stalin sich des Öfteren während seines politischen Wirkens bediente. Erst vernichtete er mit Hilfe des rechten Parteiflügels und unter zu Hilfenahme dessen programmatischer Aussagen den linken Flügel, erst politisch und dann auch physisch.

Danach ging er mit dem Programm der Linken, natürlich für seine Zwecke zu recht gemacht, gegen die Rechte vor. Eine ehemals nach Innen und Außen streitbare Partei, deren kriegsbedingtes, zeitweiliges Fraktionsverbot nie wieder aufgehoben wurde, und von Stalin dankbar genutzt wurde, verkam zum opportunistischen, Angst durchsetzten, ausführenden Werkzeug der stalinistischen Bürokratie. Was Parteikonform war, heute dies

und morgen das, bestimmte sie allein. Jeder Versuch einer politisch inhaltlichen Debatte war lebensgefährlich und wurde mit außer- und innerparteilicher Repression bis hin zum Terror und der physischen Vernichtung abweichender Gruppen und Individuen geahndet.

## Stalins langer Schatten

Schon früh, zeichnete sich Stalins langer Schatten, auch im ZK der KPD ab. In einem Brief vom 11.09.1927 klagte Clara Zetkin an Nikolai Bucharin:

"Ich werde mich völlig einsam und de-

„deutsche Lenin‘ sei. Er versucht seine Überlegenheit dadurch zu beweisen, daß er seine Nebenmänner in der Z[entrale] möglichst viele Dummheiten machen läßt, ja sie zu solchen provoziert. Ein wirklich kollektives Zusammenarbeiten gibt es nicht, kein Ausgleichen und Überwinden der Fehler und Schwächen der Einzelnen, dafür Herausbildung kleiner Cliquen, persönliches Intrigieren, Gegeneinanderarbeiten. Die fraktionelle Reminiszenzen der Gegensätze von ‚links‘ und ‚rechts‘ sind nur noch welke Feigenblätter, nicht lebendige Kräfte."



Sturz einer Stalin-Statue während des Ungarn-Aufstandes 1956 in Budapest

plaziert fühlen in dieser Körperschaft, die sich aus einem lebendigen, politischen Organismus in einen toten Mechanismus verwandelt hat, der an der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und auf der anderen Seite diese Befehle in verschiedenen Sprachen ausspuckt, ein Mechanismus, der den gewaltigen welthistorischen Sinn und Gehalt der russischen Revolution zu Spielvorschriften für Pickwickies-Klubs ummünzt. [...] Und die Z[entrale]? Sie ist ebenfalls ohne Vertrauen zu sich, zu ihrer Führung; ihrer Politik. Sie ist unklar, unsicher, schwankend, ratlos, pendelt hin und her zwischen Möchtegern und Kann-doch-nicht. Sie ist von Cliquentreibereien zersetzt und vergiftet und empfindet das Unhaltbare ihrer Position nach innen und außen.

Der Grund dazu ist, daß es den meisten Mitgliedern der Z[entrale] fehlt an Kenntnissen - zumal über die Geschichte der Arbeiterbewegung -, an theoretischer Schulung, an Talenten oder Darstellung und Überzeugungskraft und last not least - an Charakterfestigkeit.

Allein je mehr diese Mängel an dem Einzelnen vorhanden sind, um so unerschütterlicher ist sein Glauben, daß er der

Nicht, dass jemand die stärkste Sektion der Kommunistische Internationale hätte von außen zwingen können, ihre Selbststalinisierung vorzunehmen. Vielmehr ist es so, dass viele der oben aufgezeigten Charakteristika schon seit den Anfängen der organisierten Arbeiterbewegung Bestandteile ihrer Politik waren, und auch in der SPD und den Gewerkschaften am Wirken waren. Aber das ist eine Geschichte, die an anderer Stelle zu erzählen ist. Stalins Politik fiel auf fruchtbaren Boden. Der Stalinismus war nicht, überzogener, undemokratischer Umgang mit der Konterrevolution, Stalinismus war selbst die Konterrevolution. Die ersten massenhaften Opfer des Stalinismus waren die revolutionären Internationalisten in der Sowjetunion.

## Den Sozialismus verteidigen - den Stalinismusvorwurf zurückweisen

Im Zuge der Diskussion, ob der Landesvorstand der LINKEN S.-H. sich mit dem Vorfall einer 2004 in Lübeck gefeierten "Stalin Geburtstagsparty" befasst, schreibt der Landessprecher Björn Radke zutreffend: "Wir müssen aufpassen, dass wir den Schutz des Privaten (...) nicht aushebeln. Im Privatleben schnüffeln, um vermeintlich 'Geeignetes' öffentlich zu machen, (...) ist nicht demokratisch, sondern denunziatorisch." Er sieht besagte "Party" - ob zu Recht oder nicht, sei hier dahin gestellt - als ‚Privat‘ und fährt deshalb fort: "Der Vorwurf der Verherrlichung des Stalinismus oder der Verhöhnung der Opfer ist in dieser Stelle nicht angebracht. Der ist eher angebracht, wenn - (...) - Frau Wegner öffentlich über die Notwendigkeit von Staatsschutzorga-

nen, wie der Stasi, zur Niederhaltung der Konterrevolution nachdenkt. Solche Positionen sind auch in unserer Partei immer noch vorhanden und werden geduldet. Oder sie werden verharmlost."

Es mutet im Zuge des oben zum Stalinismus ausgeführten schon seltsam an, dass Björn Radke bei der Formulierung "zur Niederhaltung der Konterrevolution" in Verbindung mit Stalin kein Wort darüber verliert, dass die Geheimdienste der frühen Sowjetunion in erster Linie gegen Internationalisten, Sozialisten und Kommunisten, die mit der Position "vom Aufbau des Sozialismus in einem Land" (welche in Konsequenz eine Abkehr vom Sozialismus bedeutet) nicht konform gingen, in Stellung gebracht wurden. Bis zum Zusammenbruch der sog. "realsozialistischen Staaten" wurden die Geheimdienste im Osten, einschließlich der Stasi, auch gegen Linke und Kommunisten eingesetzt.

Björn Radke scheint im Gegenteil, mit Frau Wegner über die Einschätzung der Sowjetunion und der DDR als ‚kommunistisch‘ übereinzustimmen. Nur die Konsequenz die er daraus zieht ist eine andere, gegenteilige. Diese Vermutung wird auch durch die weitere Ausführung von ihm gestützt. So schreibt er weiter: "Reflexhaft auszurufen ‚Wir sind keine Stalinisten‘ wird interessierte Teile der veröffentlichten Meinung nicht davon abhalten, immer wieder das Gespenst des Kommunismus/Stalinismus aus der Mottenkiste zu holen, und sie werden auch immer fündig werden." Dass die "veröffentlichte Meinung" Kommunismus und Stalinismus in Eins setzt, hat Methode und dient der Verunglimpfung sozialistischen Gedankenguts und natürlich auch der LINKEN. Dass allerdings Björn Radke diese Zusammenziehung von dem "Gespenst des Kommunismus/Stalinismus" der "veröffentlichten Meinung" nicht strikt zurückweist, deutet darauf hin, dass er die Sache ganz ähnlich sieht.

Von einem Landessprecher sollte man erwarten können, dass er diesen Vorwurf nicht einfach wiederholend zur Kenntnis nimmt, sondern aufzeigt, dass er schlicht falsch ist. Eine Partei, die sich auf dem Weg gemacht hat, auch neu über den Sozialismus nachzudenken, sollte nicht die Legenden der Stalinisten und die Propaganda der bürgerlichen Medien reproduzieren, sondern ernsthaft über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Sozialismus nachdenken und reden. Dafür



Es geht auch fröhlich und in Eintracht!  
Sommerferst der LINKEN Kreis Flensburg,  
am 23.8 August 2008

braucht es aber, und das ist eine Lehre aus dem missglückten Versuch von 1917, den freien Meinungs- Ideen und damit Fraktionsstreit über den richtigen Weg und der Bestimmung des Ziels. Dazu gehört es übrigens auch, dass Leute, die, neben vielen übereinstimmenden Punkten, gegen eine Regierungsbeteiligung des Berliner Landesverbandes eintreten, in die Partei aufgenommen werden, um für ihre Position auch innerhalb der Partei wirken zu können. Wehret den Anfängen!

#### Verwendete Literatur:

- Leo Trotzki; Verratene Revolution
- Wadim S. Rogowin; Stalins Kriegskommunismus
- Joseph Stalin; Werke Band 10; Politischer Rechenschaftsbericht des ZK zum XV. Parteitag- Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Luxemburg oder Stalin.

#### **CDU Lübeck greift ein: "Resolution gegen Linksextremismus"**

...„Ein wunderschönes Beispiel der Kleingeistigkeit lübscher Provenienz ist die jüngste politische Debatte über die Frage, ob man Stalins Geburtstag feiern darf. Natürlich darf man den feiern. Es ist ein Grundrecht, sich selbst zu blamieren. Ragnar Lüttke, Bürgerschaftsabgeordneter der Linken, hat dieses Grundrecht in Anspruch genommen. Er nannte das Geburtstagsfest eine „Real-Satire“.

Das, was in der jüngsten Bürgerschaftssitzung stattfand, war auch eine. Zwei Stunden lang wurde über eine Resolution diskutiert, die Lüttke zur Rückgabe seines Mandats aufforderte. Schließlich wurde eine Resolution abgesegnet, die keine Rücktrittsforderung beinhaltete. Was also wurde resoliert? Hier stellt sich die Frage, ob nicht die Vergeudung von Zeit ein Umweltdelikt ist. Aber was kann man schon erwarten von einer Stadt, die von Weihnachtsmännern Eintritt verlangt...

- Auszug den Lübecker Nachrichten  
von Torsten Teichmann, 30.11.2008

## Wikipedia gesperrt

### Erklärung des Landesvorstandes

Der Blätterwald rauschte und die Bundespartei, die Fraktion im Bundestag aber auch die Landespartei erhielt stapelweise e-mails von empörten Wikipedia-Nutzern. Der Grund: Der Bundestagsabgeordnete Lutz Heilmann hatte die Deutsche Zugangsseite auf das Internet-Projekt Wikipedia.de sperren lassen, weil in einem Beitrag über ihn unwahre und ehrabschneidende Behauptungen aufgestellt worden seien. Tausende Nutzer des Internetlexikons konnten deshalb Wikipedia nicht aufrufen...

Wir verstehen, dass jemand, der sich diffamiert fühlt in im Internet zugänglichen Artikeln, seine Persönlichkeitsrechte schützen will. Hier ist aber das völlig ungeeignete und überzogene Mittel der Einschränkung der Medienfreiheit unter Zurhilfenahme der Gerichte für diesen Zweck genutzt worden. Dafür kann es weder politische Zustimmung noch Verständnis in der LINKEN Schleswig-Holstein geben.

Bürgerliche Freiheitsrechte gehören zwingend zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts und zur LINKEN. Die Einschränkung der Informationsfreiheit, die Sperrung eines komplexen, durch viele Beiträge verschiedener Autorinnen und Autoren sehr heterogenen Mediums im Internet widerspricht unseren politischen Zielen... Wir bedauern diesen Vorfall...  
- Landesvorstand, 20.11.08

Die Sperrung erfolgte am 14. 11. 2008, am 17.11.2008 gab Lutz Heilmann die Startseite wieder frei.

### Erklärung von Lutz Heilmann:

Nachdem die falschen, ehrabschneidenden und deshalb mein Persönlichkeitsrecht verletzenden Inhalte weitgehend aus dem entsprechenden Artikel entfernt wurden, habe ich gegenüber dem Wikimedia e.V. erklärt, dass ich keine weiteren juristischen Schritte unternehmen werde und die Weiterleitung auf die Wikipedia-Inhalte unter de.wikipedia.org wieder geschaltet werden kann...

Ich bedaure außerordentlich, dass durch die von mir beantragte Einstweilige Verfügung des Landgerichts Lübeck die deutschen Wikipedia-Userinnen und User in den letzten 24 Stunden keinen direkten Zugriff mehr auf die Wikipedia-Inhalte hatten. Mir ging es dabei keineswegs um Zensur, sondern schlicht um eine wahre Tatsachendarstellung. Der juristische Weg hat sich dafür... als problematisch erwiesen... Das war nicht meine Absicht.

- Lutz Heilmann, 18.11.2008

# 70 Jahre Reichspogromnacht: Erinnerung und Klage

## Eine Kirchengemeinde stellt sich ihrer Vergangenheit

**Kaltenkirchen.** In einer gottesdienstlichen Gedenkfeier am 9. November 2008 – 70 Jahre nach der Pogromnacht – versuchte die St. Michaeliskirche, sich dem dunkelsten Punkt ihrer eigenen Geschichte zu stellen: Ernst Szymanowski-Biberstein, Mitglied der SS, Gestapo- und Einsatzgruppenleiter in Oppeln, Einsatzgruppenleiter im südrussischen Rostow, verantwortlich für Tausende von Erschießungen, in Nürnberg 1947 zum Tode verurteilt, begnadigt und in den Schoß der Kirche zurückgekehrt, war von 1927 bis 1933 Pfarrer in Kaltenkirchen und anschließend Propst in Bad Segeberg.

Und so könnte es gewesen sein: „Stolz stellt der Chef des Reichssicherheitshauptamtes in gemütlicher Runde die bürgerlichen Berufe seiner Offiziere in den Einsatzgruppen vor. „Rechtsanwalt, Arzt, Wirtschaftsexperte, Opersänger“, zählt Heydrich auf und legt eine Kunstpause ein. „Und hier ist unser Prachtstück – Standartenführer Biberstein, ehemaliger lutheranischer Pastor.“

„Biberstein!“ ruft Heydrich scherzend, „erzählen Sie uns doch mal von dieser Organisation, die Sie gründeten, als Sie die Kanzel verließen. Wie hieß sie noch?“ Biberstein, auf einmal im Mittelpunkt, errötet. „Die Bruderschaft der Liebe“, antwortet er. „Und wie hat sie sich bewährt?“ frotzelt einer der SS-Männer. „Leider sehr schlecht“, antwortet Biberstein gequält, „deshalb bin ich ja auch bei der SS gelandet.“ „Das Evangelium verbreiten, was, Biberstein?“ höhnt die Männerrunde. „Ach, das ist hier gar nicht nötig“, versucht Biberstein den Schulterchluss, „hier sind wir alle Bekehrte zu einem neuen Glauben.“

### Pastor und bei der SS

Eine Fiktion? Diese Szene stammt aus Gerald Greens Roman „Holocaust“. In Kaltenkirchen war sie Wirklichkeit geworden. Der Romanfigur von Green liegt das Leben Ernst Bibersteins zugrunde. Vor 1941 hieß der SS-Mann Ernst Szymanowski. Geboren am 15. Februar 1899 in Hilchenbach im Kreis Siegen, hatte Szymanowski nach der Schulzeit zwei Jahre lang als Soldat im Ersten Weltkrieg gekämpft.

In nur vier Semestern studierte er evangelische Theologie, besuchte sechs Monate ein Predigerseminar und schloss seine Ausbildung mit einem Vikariatsjahr ab und wurde Pastor in Schleswig-Holstein. 1924 in Kating, Eiderstedt, und 1927 in Kaltenkirchen. Im Oktober 1933 wurde er

zum kommissarischen Propst von Neumünster und wenig später zum Propst von Bad Segeberg ernannt.

Bereits am 19. Juli 1926 war er in die NSDAP eingetreten. Aktiv als „SA-Pfarrer“ in der ihr nahe stehenden kirchenpolitischen Gruppierung der „Deutschen Christen“, wollte er beiden Herren dienen: Jesus und Hitler. 1934 bis 1935 war er Kreisschulungsleiter der NSDAP. Auf einer Parteiversammlung im November 1934 erklärte er, wer Deutschlands Unglück sei: „Der Jude, ob Marxist oder gleich in welcher Schattierung, ist immer das Verderben bringende Übel der Völker

versetzt, um Leiter der dortigen Staatspolizeistelle zu werden, jetzt unter seinem neuen Namen Ernst Emil Heinrich Biberstein. Denn sein Namen erschien ihm zu „polnisch“, wie er sagte, er wollte aber ganz und gar ein deutscher Nationalsozialist sein. Dort organisierte er die Deportation der einheimischen Juden. Statt MGs setzt Biberstein lieber Gaswagen ein

Dann kam er im Juni 1942 nach Russland, wo er das Einsatzkommando 6 der Einsatzgruppe C anführte. Ihm wurde die Führung eines Einsatzkommandos der SS übertragen – im südrussischen Rostow, der heutigen Ukraine. Sein Auftrag be-



Ernst Biberstein (ganz links) auf der Anklagebank während des Prozesses vor dem Nürnberger Militärgerichtshof

gewesen. Wo nur der geringste Anlass besteht, sein Verderben bringendes Gift auszustreuen, wird es geradezu gründlich besorgt.“

Bald hielt es Szymanowski nicht länger im kirchlichen Dienst. Er strebte mitten in den NS-Staat und wechselte ins Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten. Am 1. August 1936 trat Szymanowski der SS bei, Mitgliedsnummer 1300292. und brachte es bis zum Obersturmbannführer. Als Verbindungsmann zur Geheimen Staatspolizei in einer herausragenden Position angestellt, löste er sich immer mehr von der Amtskirche. In einem Fragebogen zur Ergänzung der Parteiakte betonte er 1937, im Besitz eines germanischen „Jul-Leuchters“ zu sein. Im darauf folgenden Jahr trat Szymanowski aus der Kirche aus. Seine Konfession gab er fortan mit „gottgläubig“ an. Er hatte sich für Hitler als seinen einzigen Herrn entschieden.

### Das Land nach Juden durchkämmen

Im August 1941 wurde er nach Oppeln

stand darin, die Bevölkerung in dem besetzten Gebiet durchzukämmen, Haus für Haus, um auch jene Juden noch aufzutreiben, die den vorausgegangen deutschen Massakern entkommen waren. Sie galt es – immer mit Kenntnis und Unterstützung der Wehrmachtsführung – aus ihren Verstecken zu holen. Es waren fast nur Frauen, Kinder und Greise – denn die Männer kämpften längst in der Roten Armee.

### Zum Tode verurteilt

Das ganze Ausmaß von Bibersteins Taten wurde 1947 im Nürnberger Einsatzgruppenprozess deutlich. Biberstein selbst gab die Zahl der von seinem Kommando erschossenen Männer, Frauen und Kinder mit „zwei bis drei Tausend“ an. Sie wurden entweder erschossen oder in speziell gebauten Lkws vergast. Er habe die Vernichtung durch „Gaswagen bevorzugt, weil die Gesichter der Toten nicht verzerrt waren“. Vom Chefankläger in Nürnberg, Robert W. Kempner, ist Bibersteins Selbstverständnis überliefert: „Da er nach seiner

eigenen Aussage noch am unsichtbaren Altar seiner eigenen Religion betete, wurde er gefragt, ob er versucht habe, den vor dem Tode Stehenden Zuspruch und Trost zu bieten. Seine Antwort war, dass man, da der Bolschewismus den Atheismus predigte, „keine Perlen vor die Säue werfen sollte“. Er habe gegen das Gebot der Liebe nicht verstoßen.“ Biberstein erklärte vor dem Gericht: „In Bezug auf alle Anklagepunkte fühle ich mich vor Gott und meinem Gewissen nicht schuldig.“

Am 8. April 1948 wurde er zum Tode durch den Strang verurteilt.

Schauerhaft und ekelregend mutet uns eine Biographie wie die des Szymanowski-Biberstein selbst nach so vielen Jahrzehnten an. Lehrreich auch für heute ist ihr sozialer und ideologischer Zusammenhang. Ist sie doch ein Beispiel dafür, wie sich in der evangelischen Kirche auf dem Lande in Schleswig-Holstein, der Faschismus bis hin zur brutalsten Umsetzung in Verbrechen entwickeln konnte: Vom religiös gefärbten Sympathisieren mit faschistischem Gedankengut hin zur festen Überzeugung, von der Überzeugung hin zur mörderischen Tat.

Einen nicht geringen Beitrag dazu leisteten die kirchlichen Gemeindeblätter Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre. (Siehe Kasten)

### Die Amtskirche rettet den Verbrecher

Szymanowski-Biberstein wird 1947 nicht sofort hingerichtet. Zahlreiche Gnadengesuche der Kirche bewirken 1951, dass seine Todesstrafe in lebenslänglichen Freiheitsentzug umgewandelt wird.

Am 1. November 1953, noch in Haft, nimmt die evangelische Kirchengemeinde Neumünster Szymanowski-Biberstein wieder auf. Am 8. Mai 1958, wurde Biberstein auf „Parole“, d.h. unter dauerhafter Beaufsichtigung und Betreuung, freigelassen.

Als am 16. Juni 1958 im „Pressedienst des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes“ nüchtern und objektiv der Werdegang und die Verbrechen des Szymanowski-Biberstein unter der Überschrift „Das war einst ein Pfarrer“ geschildert wurden, reagierte im „Deutschen Pfarrerbblatt“ (Nr. 18/1958) der Propst von Neumünster Richard Karl Steffen mit dem Gegenartikel: „Die Dinge lagen ganz anders“.

Die Kaltenkirchener Kirchenzeitung „Pflugschar und Meißel“ legte zum Jahresbeginn 1933 ihren Lesern die Frage in den Mund „Was erwarten wir von 1933?“ Die Antwort wies mit geradezu religiösem Pathos hin auf den, der da kommt: Adolf Hitler. „Man hat das Bild des berühmten Mannes schon oft gesehen, man weiß, wie er aussieht ... Man erwartet noch irgend etwas besonderes von ihm, seine Gestalt, seine Sprache, seine Bewegungen werden dies besonders offenbaren. Und so schlägt ihm, wohin er auch kommt, eine große Erwartung entgegen. Kein Zweifel, dass heute unzählige von dieser Erwartung des Außerordentlichen - um nicht zu sagen: des Wunders - beseelt sind.“

Typisch ist die Mischung aus religiös formuliertem Nationalsozialismus und Blut- und Boden-Theologie: „Geschichte wächst als Schicksal aus Blut und Boden. Männer, die Geschichte machen, nehmen dieses Schicksal, Blut und Boden, als Aufgabe. Alles Schicksal wird überwunden, wenn der Mensch sich selbst als Opfer gibt zur Hilfe für seine Nächsten, für die Brüder aus Blut und Boden: Dann werden Blut und Boden geweiht als heilige Zeichen des Schicksals, und durch opferbereite Menschen entsteht gewaltige Wandlung, denn von ihren Lippen flammt der Ruf: Gott will es!“ So in „Pflugschar und Meißel“ vom 14. Januar 1934

„Den Ausführungen des Pressedienstes ... muß widersprochen werden. Über 12 Jahre saß B. in Landsberg. Lange Zeit war er Todeskandidat, der jeden Freitag darauf wartete, dass sich auch seine Tür öffnete zu seiner Hinrichtung. So lange hat die Familie um ihn gebangt und auf seine Freilassung gehofft... Die spärlichen Besuche, die erlaubt waren, geschahen nur unter Aufsicht. Das Rote Kreuz bemühte sich um seine Freilassung im Paroleverfahren. Ich erklärte mich bereit, für ihn zu bürgen und ihm wenigstens einen Arbeitsanfang (im Kirchenbüro) zu ermöglichen. Andere halfen mir darin. Viele Gesuche wurden abschlägig beschieden. Immer neue Enttäuschungen! Nach der Aussage des Gefängnisgeistlichen hat B. diese Zeit in vorbildlicher Haltung durchgestanden, und zwar im wesentlichen gehalten durch Gottes Wort und Sakrament und durch seinen in der Tiefe gereiften lebendigen Christusglauben. So konnte er auch den anderen Zuspruch geben. Endlich kam jetzt im Mai der Tag seiner Freilassung nun doch ganz plötzlich.

...das muß ich auf Grund meiner sehr eingehenden Beschäftigung mit den ganzen Zusammenhängen sagen: Die Dinge liegen ganz anders, als wie sie nach dieser Notiz den Anschein haben. Wir sollten doch auch sehr vorsichtig sein in der Verwertung der Nürnberger Prozesses. Nach meiner Überzeugung ist B. kein Verbrecher. Was übrig bleibt an Schuld vor Menschen und Gott, ist menschlich gestraft genug und geistlich in Gottes Vergebung gestellt. Sollten wir

nicht auch vergeben können?“

### „Die in die Erinnerung rufende Klage

Dr. Gerhard Hoch, der durch seine historische Forschung viele dieser Fakten wieder an das Tageslicht gebracht hat, eröffnete seine Ansprache am 9. November 2008 in der Michaeliskirche zu Kaltenkirchen mit den Worten: „Dieser Tag und dieser Gottesdienst rufen uns an, unsere Gedanken und unsere Gefühle zu öffnen, und Ereignisse einzulassen, die lange zurück liegen, die aber unsere Geschichte unablässig begleiten.“ „Denken wir daran, dass jenes Furchtbare sich aus kleinen Anfängen auch hier am Ort entwickelte: Aus den Bildern, den Schlagworten, den Reden und Liedern, auch dem Sonntagsblatt der Gemeinde „Pflugschar und Meißel“ mitten in unserer engsten Heimat Menschen ausgegrenzt wurden, erst aus dem Wirtschaftsleben, dann aus Kultur und Gesellschaft, am Ende aus ihrer physischen Existenz. Ausgrenzung tötet!“

„Wahrhafte, schwerste Schuld hat sich die Kirche insgesamt dadurch aufgeladen, dass sie fast vom Anbeginn ihrer Geschichte das Gift des kirchlichen Anti-Judaismus säte, ein Gift, das in Deutschland zum tödlichen rassistischen Antisemitismus gesteigert wurde. ... Die in die Erinnerung rufende und weckende Klage - sie täte auch uns gut.“

- Karl-Helmut Lechner

- Quellen: Gerhard Hoch, 1997: „Zwölf wiedergefundene Jahre - Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz“

**INFO DIE LINKE.**  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 5. Dezember 2008

Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Willestraße 4-6, Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: info@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Mitglieder: Wolfgang Beutin, Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner, Brigitte Sawirucha.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wtinet.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.